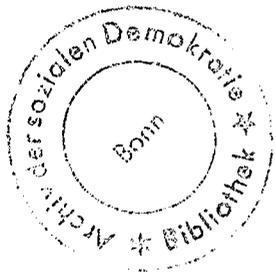

Willy Brandt Friedenspolitik in Europa

Inhalt

7	Vorwort
21	Aus dem Geist der Geschichte
32	Im Herzen Europas
45	Frieden über alles
53	Priorität Europa
62	Frankreich – Deutschland: Primat der Nachbarschaft
74	Die Sechs und die anderen Verwandten
87	Um ein größeres Europa
95	Der Mut zum »Dafür« – die Schwäche des »Dagegen«
102	Partner Amerika
113	Bündnis im Wandel
123	Deutschland – Sowjetunion: Beginn eines Dialogs
134	Entspannungspolitik: Reparatur der Brücke zwischen Ost- und Westeuropa
148	Status quo oder die Schwierigkeiten der »Realitäten«
173	Perspektiven unserer Ostpolitik
191	»Safety first«
203	Entspannung – kein Schlagwort
212	Eine Kernfrage: Kontrolle des Atoms
226	Auftrag: Sicherheit in Europa
236	Wege zur Solidarität
241	... und die Dritte Welt
254	Lehren des Gestern – Signale der Zukunft
263	Persönliche Erfahrungen



A90-495

3. Auflage, November 1971
© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1968
Alle Rechte vorbehalten
Gesamtherstellung Mohndruck Reinhard Mohn OHG, Gütersloh
Printed in Germany 1971
ISBN 3 10 007701 6

Vorwort

Als Willy Brandt dieses Buch mit dem programmatischen Titel »Friedenspolitik in Europa« schrieb, war er Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und Mitglied in einem Koalitionskabinett von CDU und SPD. Seit mehr als zwei Jahren ist er Kanzler, und wer dieses Buch liest, wird feststellen, daß er mit erstaunlicher Konsequenz dem Entwurf von 1968 gefolgt ist. Mancher Satz ist von den Ereignissen überholt, ergänzt oder widerlegt worden; die Grundkonzeption seiner politischen Ideen hat sich nicht verändert: »Der Mut zum Dafür« – »Partner Europa« – »Reparatur der Brücke zwischen Ost- und Westeuropa« – das sind Kernsätze, die die Politik Brandts umschreiben und die auch klarmachen, weshalb er den Friedensnobelpreis bekam. Dieses Buch kennt, wie alle politischen Programme, Hoffnungen und Verwirklichungen.

DER VERLAG

Dieses Buch wurde um die Jahreswende 1967/68 geschrieben. In dieser kurzen Zeit hat sich viel ereignet. Trotzdem habe ich mich damit einverstanden erklärt, den Text der ersten deutschen Ausgabe unverändert nachdrucken zu lassen. Man wird beim Nachlesen unschwer erkennen, was überholt ist. In dieses aktualisierende Vorwort gehört zunächst der Hinweis, daß die Große Koalition von CDU/CSU und SPD in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich ein Bündnis auf Zeit gewesen ist. Aus den Wahlen vom 28. September 1969 ergab sich die neue Koalition von Sozialdemokraten und Freien Demokraten, mit der CDU/CSU als starker parlamentarischer Opposition. Der demokratische Wechsel war meiner Überzeugung nach gut für dieses Land. Er hat auch im Ausland viel Beachtung gefunden, zumal die Entscheidung der Wähler mit einer eindeutigen Ablehnung des Extremismus verbunden war.

Die von mir geführte Regierung will eine Regierung der inneren Reformen sein, doch das ist nicht der Gegenstand dieser Veröffentlichung. In der Außenpolitik heißt die Priorität für mich als Bundeskanzler, wie vorher als Außenminister: Friedenspolitik in Europa.

In meiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 habe ich erklärt, und das will ich hier unterstreichen: Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Westen

und dem Osten zu stehen. Unser Land braucht die Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten.

Zu *Westeuropa* sagte ich, der damals bevorstehenden Konferenz der Sechs in Den Haag (Anfang Dezember 1969) komme eine besondere Bedeutung zu. Sie könne darüber entscheiden, ob Westeuropa in den sachlich miteinander verknüpften Themen des inneren Ausbaus, der Vertiefung und der Erweiterung der Gemeinschaft einen mutigen Schritt nach vorn tue oder in eine gefährliche Krise gerate. Ich sagte weiter:

»Die Völker Europas warten und drängen darauf, daß die Staatsmänner der Logik der Geschichte den Willen zum Erfolg an die Seite stellen.

Der deutsch-französische Gleichklang kann dabei ausschlaggebend sein. Die Bundesregierung ist bereit, den engen vertraglichen Bindungen jene Unverbrüchlichkeit zu verleihen, die beispielgebend sein sollte für die Art der Beziehungen, die zwischen europäischen Partnern heute hergestellt werden können.

Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft muß kommen. Sie braucht Großbritannien ebenso wie die anderen beitrittswilligen Länder. Im Zusammenklang der europäischen Stimmen darf die britische keineswegs fehlen, wenn Europa sich nicht selbst schaden will . . .

Im Zusammenhang damit wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die Gemeinschaft neue Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den Staaten Europas entwickelt, die ihr nicht beitreten können oder wollen.

Die Bundesregierung wird die Entwicklung einer engeren politischen Zusammenarbeit in Europa mit dem Ziel fördern, eine gemeinsame Haltung dieser Staaten in weltpolitischen Fragen Schritt um Schritt aufzubauen. Wir wissen

uns darin auch besonders einig mit Italien und den Benelux-Staaten.«

Zum *westlichen Bündnis* führte ich bei gleicher Gelegenheit, also beim Arbeitsbeginn der neuen Bundesregierung aus:

»Das Nordatlantische Bündnis, das sich in den zwanzig Jahren seiner Existenz bewährt hat, gewährleistet auch in Zukunft unsere Sicherheit. Sein fester Zusammenhalt ist die Voraussetzung für das solidarische Bemühen, zu einer Entspannung in Europa zu kommen.

Welche der beiden Seiten der Sicherheitspolitik wir auch betrachten, ob es sich um unseren ernstesten und nachhaltigen Versuch zur gleichzeitigen und gleichwertigen Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle handelt oder um die Gewährleistung ausreichender Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland: unter beiden Aspekten begreift die Bundesregierung ihre Sicherheitspolitik als Politik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung. Und ebenso versteht sie unter beiden Aspekten die äußere Sicherheit unseres Staates als eine Funktion des Bündnisses, dem wir angehören und als dessen Teil wir zum Gleichgewicht der Kräfte zwischen West und Ost beitragen.

Wir brauchen zu unserer Sicherheit Freunde und Verbündete, so wie sie zu ihrer Sicherheit uns und unseren Beitrag brauchen. Ohne gegenseitiges Vertrauen in die politische Stabilität dieser Einsicht sind weder Bündnis noch Sicherheit aufrechtzuerhalten. Wir werden deshalb in und gegenüber dem Bündnis die bisherige Politik fortsetzen und erwarten dies auch von unseren Bündnispartnern und von ihren Beiträgen zur gemeinsamen Sicherheitspolitik und zu den vereinbarten gemeinsamen Sicherheitsanstrengungen.

So wie das westliche Bündnis defensiv ist, so ist auch unser eigener Beitrag dazu defensiv. Die Bundeswehr ist weder nach ihrer Erziehung und Struktur noch nach ihrer Bewaff-

nung und Ausrüstung für eine offensive Strategie geeignet. Die Bundesregierung wird an dem ihrer Verteidigungspolitik zugrunde liegenden Defensivprinzip keinen Zweifel lassen. Die engen Beziehungen zwischen uns und den Vereinigten Staaten von Amerika schließen für die Bundesregierung jeden Zweifel an der Verbindlichkeit der Verpflichtungen aus, die von den USA nach Vertrag und Überzeugung für Europa, die Bundesrepublik und West-Berlin übernommen worden sind. Unsere gemeinsamen Interessen bedürfen weder zusätzlicher Versicherungen noch sich wiederholender Erklärungen. Sie sind tragfähig für eine selbständigere deutsche Politik in einer aktiveren Partnerschaft.

Die Bundesregierung wird sich gemeinsam mit ihren Verbündeten konsequent für den Abbau der militärischen Konfrontation in Europa einsetzen. Sie wird zusammen mit ihnen auf gleichzeitige und ausgewogene Rüstungsbeschränkung und Truppenreduzierung in Ost und West hinwirken.

Zur Thematik einer Konferenz, die der europäischen Sicherheit dienen soll, bekräftigt die Bundesregierung die Haltung, die in dem am 12. September 1969 in Helsinki übergebenen Memorandum eingenommen worden ist. Eine derartige Konferenz kann nach sorgfältiger Vorbereitung eine wichtige Etappe auf dem Wege zu größerer Sicherheit bei geringerer Rüstung und zu Fortschritten zwischen den Partnern Ost- und Westeuropas werden.«

Schon in den ersten Wochen nach der Formulierung dieser Richtlinien waren folgende Ergebnisse zu verzeichnen:

1. Die Gipfelkonferenz der sechs EWG-Partner in Den Haag am 1. und 2. Dezember 1969 brachte eine neue Chance für Europa. Es wurde grundsätzliche Einigung darüber erzielt, den Ausbau der Gemeinschaft durch einen Stufenplan voranzubringen, und zwar mit dem Ziel einer Wirt-

schafts- und Währungsunion. Alle Delegationen stimmten der Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien und den anderen Beitrittswilligen zu und nahmen sich vor, diese Verhandlungen noch vor der Sommerpause 1970 beginnen zu lassen.

2. Die Beschlüsse der Gipfelkonferenz sind seitdem durch den Ministerrat in Brüssel, in langwierigen Verhandlungen, konkretisiert worden. Die Außenminister begannen sich auch damit zu befassen, wie die politische Einigung des westlichen Europa vorangebracht werden kann, und zwar in der Perspektive der Erweiterung des Gemeinsamen Marktes.
3. Auf der Haager Konferenz und danach bestätigte sich die deutsch-französische Freundschaft, die – was man nie übersehen sollte – in das gutnachbarliche Verhältnis mit unseren anderen westeuropäischen Partner eingebettet ist.
4. Die NATO-Konferenz in Brüssel im Dezember 1969 führte – ebenso wie die Beratungen im Rahmen der Westeuropäischen Union – zu einer weithin erfreulichen Übereinstimmung der Auffassungen. Es war wichtig, daß wir dies vor allem auch in bezug auf die USA als unseren Hauptverbündeten feststellen konnten.
5. Diese multilateralen und die zahlreichen bilateralen Kontakte zeigten: Bei unseren Bemühungen um den Abbau von Spannungen und um die damit verbundenen »ostpolitischen« Initiativen können wir uns auf die Zustimmung und Unterstützung unserer Freunde und Verbündeten verlassen.

Wer unvoreingenommen die ersten Monate des Wirkens der neuen Regierung überblickte, mußte feststellen, daß unsere Aktivität – wie es unseren natürlichen Gegebenheiten entspricht – wesentlich stärker nach Westen als nach Osten gerichtet war.

Das Nachrichteninteresse hat dem nicht entsprochen, und das ist vielleicht nicht verwunderlich. Für mich gibt es jedenfalls eine in sich geschlossene deutsche Außenpolitik und keinen Gegensatz zwischen ost- und westpolitischen Initiativen.

Zu *unserer Ostpolitik* habe ich auf diesem Hintergrund in meiner Regierungserklärung vor dem deutschen Bundestag ausgeführt:

»Das deutsche Volk braucht den Frieden im vollen Sinne dieses Wortes auch mit den Völkern der Sowjetunion und allen Völkern des europäischen Ostens. Zu einem ehrlichen Versuch der Verständigung sind wir bereit, damit die Folgen des Unheils überwunden werden können, das eine verbrecherische Clique über Europa gebracht hat.

Dabei geben wir uns keinen trügerischen Hoffnungen hin: Interessen, Machtverhältnisse und gesellschaftliche Unterschiede sind weder dialektisch aufzulösen, noch dürfen sie vernebelt werden. Aber unsere Gesprächspartner müssen wissen: Das Recht auf Selbstbestimmung, wie es in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt ist, gilt auch für das deutsche Volk. Dieses Recht und dieser Wille, es zu behaupten, können kein Verhandlungsgegenstand sein.

Wir sind frei von Illusionen zu glauben, das Werk der Versöhnung sei leicht oder schnell zu vollenden. Es handelt sich um einen Prozeß; aber es ist an der Zeit, diesen Prozeß voranzubringen.

In Fortsetzung der Politik ihrer Vorgängerin erstrebt die Bundesregierung gleichmäßig verbindliche Abkommen über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt. Die Bereitschaft dazu gilt auch gegenüber der DDR.

Ebenso unmißverständlich will ich sagen, daß wir gegenüber der uns unmittelbar benachbarten Tschechoslowakei zu den

Abmachungen bereit sind, die über die Vergangenheit hinausführen.

Die Politik des Gewaltverzichts, die die territoriale Integrität des jeweiligen Partners berücksichtigt, ist nach der festen Überzeugung der Bundesregierung ein entscheidender Beitrag zu einer Entspannung in Europa. Gewaltverzichte würden eine Atmosphäre schaffen, die weitere Schritte möglich macht.

Diesem Zweck dienen auch gemeinsame Bemühungen, um den Handel, die technische Kooperation und den kulturellen Austausch zu fördern.«

In meinen Regierungserklärungen vom 28. Oktober 1969 und vom 14. Januar 1970 habe ich die nächsten Schritte angekündigt, die dann auch vollzogen wurden:

1. Die Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, nachdem die noch von der vorigen Bundesregierung für notwendig gehaltenen Klärungen vorgenommen waren.
2. Das Gespräch mit der Sowjetunion zum Thema Gewaltverzicht.
3. Die Aufnahme von Gesprächen mit der Volksrepublik Polen.
4. Der Vorschlag an die Regierung der DDR, über alle offenen Fragen zu verhandeln.
5. Die aufmerksame Registrierung des Interesses der CSSR und der Volksrepublik Ungarn an verbesserten Beziehungen, verbunden mit der Hoffnung, daß sich hieraus sachliche Anknüpfungspunkte ergeben werden.
6. Die grundsätzlich positive Haltung zum Gedanken einer Konferenz über europäische Sicherheit, verbunden mit dem Hinweis, daß sie – bei Teilnahme der Nordamerikaner – thematisch gut genug vorbereitet sein müsse – mit der freimütigen Hinzufügung, »daß unsere Teilnahme

an einer solchen Konferenz wenig sinnvoll wäre, wenn sich bis dahin kein positiver Ansatz im zwischendeutschen Bereich gezeigt hätte«.

Ich habe natürlich nicht übersehen, daß der von mir geführten Regierung ein beträchtlicher außenpolitischer Kredit eingeräumt wurde. Überrascht hat mich allerdings, daß uns vielfach gar zu optimistische Erwartungen unterstellt wurden. Vor dem Bundestag habe ich dazu gesagt: »Politische Bemühungen müssen unter bestimmten Umständen auch dann unternommen werden, wenn die Aussicht auf Erfolg gering ist.«

Der Prozeß der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten Osteuropas wird langwierig sein. Rückschläge sind dabei jederzeit möglich. Wir werden viel Geduld brauchen. Das gilt für das Gespräch mit der Sowjetunion, das, ausgehend vom Thema des grundsätzlichen Gewaltverzichts, ausgeweitet worden ist zur Diskussion aller wichtigen Probleme, die zwischen den beiden Ländern bestehen. Das gilt ebenso für die politischen Verhandlungen mit der Volksrepublik Polen, in denen viele Fragen zu behandeln sind, keine jedoch von der zentralen Frage der polnischen Westgrenze loszulösen sein wird. Das gilt insbesondere für das schwierige Gebiet der innerdeutschen Beziehungen, also die deutsche Variante – um nicht zu sagen Zuspitzung – der europäischen Ost-West-Konfrontation.

Nun mag die Frage gestellt werden, wie ich die Wirkungen des 21. August 1968, der Krise um die CSSR, auf die Friedenspolitik in Europa gesehen habe. Ich hatte mich, damals als Außenminister, zu fragen, ob dieses Ereignis »nur« einen tiefen Einschnitt bedeutete oder nicht zugleich auch einen Wendepunkt. Der Einschnitt war offenkundig und für uns Deutsche schmerzlich fühlbar. Er war einer der Gründe da-

für, daß es der vorigen Bundesregierung nicht gelang, im Verhältnis zu Osteuropa weitere sichtbare Fortschritte zu erzielen.

Der Einschnitt wurde überdies markiert durch die Einsicht, daß auch die sowjetische Regierung sich bei der Einschätzung von Interessen irren kann. Aber bedeutete dies alles eine Wende? Gingen wir einer Phase neuer Blockverhärtung entgegen? Das hätte um so näher gelegen, als harte Fakten, wie ein militärischer Einmarsch, ihre eigenen Gesetze und Folgen entwickeln, und ihre Urheber, die den negativen Auswirkungen nicht entgehen können, versucht sein müssen, die für sie positiven auszunutzen. In diesem Fall: die leichtere Lenkbarkeit der Staaten des Warschauer Paktes.

Dennoch ging ich davon aus, daß eine extreme Blockverhärtung nicht stattfinden würde. Die unmittelbaren Folgen jener Krise haben die beiden Führungsmächte in der Tat nicht gehindert, ihren bilateralen Interessen und Verantwortungen zu folgen und in einem Gesprächskontakt zu bleiben. Jene Mischung aus Bindung und Polarität zwischen den ganz großen Mächten, ein Gesetz, das auf nicht absehbare Zeit zwischen ihnen wirkt, vermag den kleineren Staaten in Ost und West die bilaterale Annäherung nicht zu verbieten. Die Entwicklung, die wir vor dem 21. August 1968 feststellen konnten, ging trotz dieses Rückschlags weiter, wenn auch zunächst unter erschwerten Bedingungen. Das schockierende Wort vom geschichtlichen »Unfall« erwies im zeitlichen Abstand eine gewisse Berechtigung. Wir leben eben noch immer in einer Periode des Übergangs. Der Übergang vollzieht sich in Form eines widerspruchsvollen Prozesses, von dem ich meine, daß er die Menschen in Ost und West letztlich doch einander näherbringen wird.

Es war und ist meine Überzeugung, daß das *Verhältnis*

zwischen den beiden Staaten in Deutschland aus diesem Prozeß nicht ausgeklammert werden kann. Am 14. Januar 1970, in meinem Bericht zur Lage der Nation, habe ich für die Regelung unserer Beziehungen zur DDR diese Orientierungspunkte genannt: das Recht auf Selbstbestimmung, das Streben nach nationaler Einheit und Freiheit im Rahmen einer europäischen Friedensordnung; die Zusammengehörigkeit mit West-Berlin; die Respektierung der Rechte und Verantwortlichkeiten, die die Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin haben.

Solange es die Rechte der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes gibt – und sie können erst durch eine friedensvertragliche Regelung wirksam abgelöst werden –, würde die von der DDR geforderte völkerrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik bedeuten, daß die Deutschen unter Mißachtung dieser Rechte allein, und zwar im Sinne der Teilung, über Deutschland als Ganzes verfügen. Das ist auch deshalb unmöglich, weil der Begriff der Nation das einzige uns verbliebene Band um das gespaltene Deutschland ist und weil das fortdauernde Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen unseres Volkes die beiden gegenwärtig bestehenden deutschen Staaten füreinander nicht zum Ausland werden läßt. Wir wissen heute nicht, ob es gelingen kann, die Regierenden in der DDR davon zu überzeugen, daß den kommenden Generationen unseres Volkes die Hoffnung erhalten bleiben muß, in einem Deutschland zu leben, an dessen politischer Ordnung die Deutschen in ihrer Gesamtheit mitwirken können. Eines wissen wir jedenfalls: Bis zur Selbstbestimmung der Deutschen in einer europäischen Friedensordnung wird es ein langer und schwerer Weg sein.

So war es nur konsequent, wenn ich, an frühere Angebote anknüpfend, am 22. Januar 1970 dem Vorsitzenden des Mi-

nisterrats in Ostberlin ein briefliches Verhandlungsangebot übermittelte. Ich habe darin nichtdiskriminierende Verhandlungen auf Regierungsebene über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen vorgeschlagen, die zu einem breit angelegten Meinungs-austausch über die Regelung aller zwischen den beiden Staaten bestehenden Fragen, darunter auch denen gleichberechtigter Beziehungen, Gelegenheit geben sollen. Ich habe ferner klargestellt, daß jede Seite frei sein muß, alle ihr richtig erscheinenden Erwägungen, Vorschläge, Grundsätze und Entwürfe vorzubringen, und daß es der Wunsch der Bundesregierung ist, zu praktischen Regelungen zu kommen, die das Leben der Deutschen im gespaltenen Deutschland erleichtern können. – Das war ein weitgehendes und faires Angebot. Es eröffnet die Möglichkeit, entsprechend dem international üblichen Brauch in einen direkten Meinungs-austausch einzutreten, ehe man sich auf die Formulierung von Einzelheiten festlegt. Wir haben uns damit einem Test unterworfen; gleichzeitig stellten wir die andere Seite auf den Prüfstand der Ernsthaftigkeit, der Sachlichkeit und der Vernunft, das Mögliche zu tun.

Wir leugnen nicht die Gegensätze, wir verniedlichen nicht die Unvereinbarkeit der gesellschaftlichen Systeme, doch wir sehen die Gemeinsamkeiten und die historischen Bindungen. Das gilt für das Verhältnis der europäischen Völker in Ost und West; es gilt vor allem für die in zwei Teile gespaltene eigene Nation, bei der dennoch die Verantwortlichkeit dafür vorhanden sein muß, den Frieden sicherer zu machen und die Entspannung praktisch in Angriff zu nehmen. Diese Verantwortung ist auf beiden Seiten gleich groß. Sie besteht nicht nur in Bonn, sondern auch in Ost-Berlin, und es bedarf nicht nur der Taten hier, es bedarf auch der Taten dort. Dabei ist das innerdeutsche Verhältnis eine Schlüsselfrage für die gesamteuropäische Annäherung und Friedenssiche-

rung. Ohne bilaterale Auflockerungen kann man an multilaterale Einigungsversuche mit guten Erfolgsaussichten nicht herangehen.

Dies alles ordnet sich ein in die *grundsätzliche Orientierung* der durch mich zu verantwortenden Außenpolitik. Ich habe dazu in meiner Regierungserklärung gesagt:

»Nur der Friede macht unsere Welt sicher; nur auf der Grundlage der Sicherheit kann der Friede sich ausbreiten. Diese Erkenntnis teilen wir mit den meisten Völkern dieser Erde. Die Bundesregierung ist entschlossen, dazu den deutschen Anteil zu leisten im Bewußtsein ihrer besonderen Verantwortung in Europa und nach besten Kräften, die wir aber nicht überschätzen.

Wir werden die Initiative des Herrn Bundespräsidenten aufgreifen und die Friedensforschung koordinieren, ohne die Unabhängigkeit dieser Arbeit zu beeinträchtigen. Wir wollen auch damit einen deutschen Beitrag für die Befriedung der von Krisen und Kriegen zerrissenen Welt leisten. Es liegt im nationalen Interesse, die internationale Zusammenarbeit zu verstärken, damit die Völker ihre Umwelt besser verstehen.

Zur notwendigen internationalen Zusammenarbeit gehört der Austausch geistiger Leistungen. Die Darstellung der deutschen Kultur im Ausland wird sich künftig stärker darauf richten, anderen Völkern neben den unvergänglichen Leistungen der Vergangenheit ein Bild dessen zu vermitteln, was in dieser Zeit des Übergangs auch in Deutschland an geistiger Auseinandersetzung und fruchtbarer Unruhe tägliche Wirklichkeit ist.

Die Bundesrepublik Deutschland wird ihre Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens im Geiste der Partnerschaft ausbauen . . .«

Folgendes will ich noch kurz registrieren:

Wir wollen in den Vereinten Nationen und in anderen internationalen Organisationen verstärkt mitarbeiten. Dies gilt auch für weltweite Abkommen über Abrüstung und Rüstungsbeschränkung. Die Bundesregierung wird dabei die Politik fortsetzen, die ich als Außenminister am 3. September 1968 auf der Konferenz der Nichtkernwaffenmächte in Genf entwickelt habe.

Wir liefern keine Waffen in Spannungsgebiete.

Um den besorgniserregenden Konflikt im Nahen Osten friedlich beizulegen, gibt es bisher keinen besseren Anknüpfungspunkt als die Entschließung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 22. November 1967.

Mit den meisten Staaten vereinigen wir uns in dem Wunsch, daß der Krieg in Vietnam endlich beendet wird durch eine politische Lösung, die von allen Beteiligten gebilligt werden kann.

Wir wollen eine liberale Außenwirtschaftspolitik führen, die den Handel aller Länder fördert.

Wir lehnen jede Form der Diskriminierung, Unterdrückung und fremder Beherrschung ab, die das friedliche Zusammenleben der Völker immer von neuem gefährdet.

Dies sind die Orientierungspunkte unserer Friedenspolitik. Ihre, unsere Zukunft liegt in der Gemeinsamkeit.

Bonn, im Februar 1970

WILLY BRANDT

Frieden über alles

Der Wille zum Frieden und zur Verständigung ist das erste Wort und das Fundament unserer Außenpolitik. Unter diesem Programmsatz bin ich Außenminister und Vizekanzler geworden. An ihn habe ich mich gehalten, zu Hause und auf Reisen, am Konferenztisch und im Gespräch mit Partnern aus West und Ost, aus vielen Teilen der Welt.

Gewiß, jede Außenpolitik hat unmittelbar den Interessen des eigenen Volkes zu dienen. Deshalb war mein erstes Wort in Paris im Dezember 1966: Die Interpretation unserer Interessen spricht für eine enge Zusammenarbeit. Und in Amerika, zwei Monate später: Wir vertreten unsere Interessen selbstbewußt, aber nicht arrogant. – Es gibt jedoch nach meiner Überzeugung kein nationales Interesse mehr, das sich von der Gesamtverantwortung für den Frieden und für die Zusammenarbeit der Völker trennen läßt. Das Interesse Deutschlands heißt Friede wie nie in unserer Geschichte, denn Krieg wäre das Ende.

Als im Dezember 1966 eine neue Regierung der Bundesrepublik Deutschland gebildet wurde, haben wir großen Wert darauf gelegt, unsere Bereitschaft zur Organisation eines wahren Friedens kräftig zu betonen. Dies ist der Orientierungspunkt für unsere Bemühungen um die Einheit Europas und um die gesunde Entwicklung des westlichen Bündnisses ebenso wie für unsere Anstrengungen um ein besseres

Verhältnis zu unseren Nachbarn im Osten und um eine Entspannung der Lage in Deutschland. Mit meinen politischen Freunden hatte ich vor der Bildung der neuen Bundesregierung Ende 1966 festgestellt, es komme für unsere Außenpolitik darauf an,

– die Gefahr der Isolierung abzuwenden und das gestörte Verhältnis zu Paris und Washington in Ordnung zu bringen;

– mit der europäischen Zusammenarbeit und Einigung voranzuschreiten;

– die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu normalisieren;

– die Lage im geteilten Deutschland zu entkrampfen und als Summe dieser und anderer Bemühungen

– den deutschen Beitrag zur Sicherung des Friedens und für eine europäische Friedensordnung deutlich zu machen.

Die Orientierung der deutschen Außenpolitik am Generalnenner der Friedenssicherung bedeutet, aktiv zu einer sicheren Friedensordnung in Europa beizutragen. Deutschland kann kein Interesse daran haben, den Ost-West-Konflikt weiter bestehen zu lassen oder gar zu verschärfen. Deutschland ist an der Entspannung interessiert – aus allgemeinen, europäischen und nationalen Gründen. Hier stimmen wir nicht nur mit unseren Verbündeten überein – mit Washington und Paris, mit London und Rom und fast allen anderen. Hier treffen wir uns mit den Völkern und Regierungen der nichtgebundenen Welt. Hier werden, trotz mancher Polemik, auch gemeinsame Interessen mit den kommunistisch regierten Staaten sichtbar. Dies bleibt unser Orientierungspunkt auch dann, wenn es nur langsam vorangeht oder wenn es Rückschläge gibt.

Wir wollen an der Entspannung mitwirken – illusionslos, aber beharrlich. Das heißt, in der konkreten Situation, nicht

nur die Europäische Gemeinschaft vorwärtszutreiben, sondern zugleich jenen Prozeß zu fördern, der West- und Osteuropa wieder zueinanderfinden läßt. Wir sind bald über die ersten Ansatzpunkte unserer neuen Friedenspolitik hinausgelangt. Der Generalnenner unserer auswärtigen Politik wurde vor aller Welt erläutert, weithin beachtet, vielfach begrüßt, hier und da allerdings auch angezweifelt oder sogar angefeindet.

Ich möchte unterstreichen: Nicht nur die Verbündeten, auch fast alle unsere Partner in der nichtgebundenen Welt haben die Zielsetzung unserer europäischen Friedenspolitik begrüßt und – wenn auch mit Nuancen – die darin eingeordnete Deutschlandpolitik positiv aufgenommen. Dies ist bei zahlreichen Begegnungen bestätigt worden. In Skandinavien und Afrika, in Tokio und Bukarest, aus Lateinamerika und Indien erfuhren wir viele Bekundungen des Respekts und der Ermutigung. Sie gaben uns die Gewißheit, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Wer unsere Entspannungs- und Friedenspolitik diffamieren und die Bundesrepublik Deutschland als einen revanchelüsternden, friedensfeindlichen Staat denunzieren wollte, verfolgte weder eine überzeugende noch eine zukunftssträchtige Politik. Jene Kräfte begaben sich in die Gefahr, selbst die Rolle zu spielen, die sie anderen unterstellten. Wer eine in ehrlicher Gesinnung ausgestreckte Hand zurückweist, muß sich sagen lassen, daß er die Entspannung nicht fördert, sondern behindert. Dabei bleibt uns bewußt – und davon war schon die Rede –, daß Deutschland auch zwei Jahrzehnte nach Kriegsende noch schwer an der Last zu tragen hat, die ihm durch maßlose Verblendung und gewissenlose Überhebung aufgebürdet wurde.

Auch die Hindernisse einer unpolitischen Selbstgefälligkeit und eines juristischen Politik-Ersatzes lassen sich nur lang-

sam abbauen. Mit lauter Polemik und bloßem Zurückschimpfen läßt sich nichts erreichen. Wir haben uns vorgenommen, mit einer über Gebühr betriebenen Schönfärberei Schluß zu machen und das Volk ins Vertrauen zu ziehen. Man kann nicht mit allen einer Meinung sein. Wir wollen zu Hause nicht anders sprechen als im Ausland, in London nicht anders als in Paris, mit Russen nicht anders als mit Amerikanern. Manchen gefiel es nicht, daß wir daran gingen, unsere Politik der Entspannung und der Friedenssicherung konsequent glaubhaft zu machen. Viele im eigenen Land und draußen in der Welt haben jedoch gesehen, wie ernst wir es meinen und daß wir im Rahmen unserer Möglichkeiten aktiv geworden sind. Auf Enttäuschungen und Störungen mußte man vorbereitet sein. Aber ich war und bin sicher, daß wir in der Entspannungspolitik, in der Europapolitik, in der Ostpolitik, schließlich auch in der Deutschlandpolitik Fortschritte erzielen können.

Die Aufrichtigkeit verlangt festzustellen, daß auf manchen Gebieten das Erreichte hinter den gewiß nicht überschwenglichen Erwartungen des Dezember 1966 zurückgeblieben ist. Das Verhältnis zwischen Washington und Moskau schwankte zwischen Kontakt und Kollision. Vom Vietnamkrieg gingen lähmende Einflüsse aus. Die Kontroverse zwischen Washington und Paris war schwieriger, als zu befürchten gewesen war. Die Aufnahme Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt hatte unmittelbar geringere Chancen, als wir gehofft hatten. Und die Gegenpositionen, die als Reaktion auf die ersten Erfolge unserer Friedenspolitik in Ost-Berlin, Moskau und Warschau aufgebaut und gepanzert wurden, mußten mit ihrer Härte jeden Optimismus dämpfen. Dennoch gab es keinerlei Grund, den Kurs neu bestimmen zu müssen. Im Gegenteil, unsere Überzeugung, daß wir mit einer schöpferischen und dynamischen Friedenspolitik

auf lange Sicht Erfolg haben werden, ist durch die Hindernisse nur gestärkt worden.

In meiner Arbeit als Außenminister konnte ich an das anknüpfen, was ich in den vorausgegangenen Jahren gedacht und gesagt hatte – als junger Mann im skandinavischen Exil, als Regierender Bürgermeister von Berlin, als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vor der Bundestagswahl 1965 hatte mich die Evangelische Akademie Tutzing eingeladen, meine Ziele darzulegen. Ich habe damals Außenpolitik in unserer Zeit als Generalstabsarbeit für den Frieden beschrieben. Auch heute sage ich: Wer Außenpolitik als Funktion der Militärstrategie betreibt, bleibt Gefangener des Teufelskreises der atomaren Rüstung. Der Krieg ist keine Alternative mehr zum Frieden. Außenpolitik als Mittel einer weltweiten Sicherheitspolitik hat den Frieden zu bewahren, die Kräfte der Evolution zu fördern, die Kommunikation zwischen den Völkern in Ost und West und zwischen den Blöcken zu verstärken.

Der Westen bedarf weiterhin militärischer Stärke für die Bereitschaft zur Selbstverteidigung. Das war 1965 richtig und ist es 1968. Aber richtig war und ist auch, daß der Westen die Bereitschaft braucht, ein Risiko für den Frieden einzugehen. Militärische Entspannung ist wünschenswert. Die Beseitigung der politischen Spannungsursachen ist besser. Nur wenn es gelingt, beides miteinander zu verzahnen, sind entscheidende Fortschritte auf dem Weg zum gesicherten Frieden möglich. Er kann auf die Dauer nicht auf dem Gleichgewicht des Schreckens beruhen. Er muß sich auf gemeinsame Interessen abstützen, die als solche erkannt und gewollt werden. Bis dahin liegt ein weiter Weg vor uns. Erste tastende Schritte wurden versucht. Die Stützbalken, die eine neue Konstruktion tragen können, sind noch nicht stark genug. Der Frieden bleibt geraume Zeit vom relativen Gleich-

gewicht der zerstörerischen Kräfte abhängig. Aber nach einem Wort von John F. Kennedy ist der Frieden nichts Statisches, sondern ein dynamischer Prozeß.

Das atomare Patt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hat nicht zu einer Abdankung der Politik geführt. Das Gegenteil ist richtig: Seitdem die beiden Weltmächte sich Ende 1962 in der Kuba-Krise mit den Konsequenzen eines atomaren Krieges real konfrontiert sahen, ist der Weltfrieden etwas sicherer, zugleich aber auch die Weltpolitik komplizierter geworden. Die USA und die UdSSR sind durch ihr militärisches und wirtschaftliches Potential weithin bestimmend geblieben. Und doch begann das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts weder im Zeichen einer Pax americana noch einer Pax sovjetica.

Das Interesse, daß es den Dritten Weltkrieg nicht geben darf, wurde – ausgesprochen oder unausgesprochen – zu einem wichtigen Element, dem wahrscheinlich entscheidenden, in den Beziehungen der beiden Supermächte. Der schreckliche Krieg in Südostasien, der nun schon seit Jahren andauert, aber auch die gefährlichen Krisen im Nahen Osten konnten im wesentlichen deshalb begrenzt werden, weil die verantwortlichen Männer an den Schalthebeln der Macht die ungeheuerliche Zerstörungskraft kennen, über die sie verfügen. Insofern funktioniert das atomare Patt und gewährt relative Sicherheit. Bisher erfolgte jedoch kein wirklicher Interessenausgleich zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Es gibt regionale Konflikte, die für die betroffenen Völker verhängnisvoll genug sind und die sich auch nicht mit absoluter Sicherheit begrenzt halten lassen. Die Entwicklung Chinas und die Auseinandersetzungen mit ihm enthalten zusätzliche Gefahrenquellen.

Aus dieser Lage ergibt sich in europäischer und deutscher Sicht ein besonderes, auch ›nationales‹ Friedensinteresse.

Ein Land, das im Falle eines Krieges eine Wüste würde – gleichgültig, nach welchen Gesetzen der Strategie das Inferno abliefe –, kann kein höheres Ziel haben, als die Arbeit am Frieden der Welt glaubhaft zu machen: Einmal, weil dies einem gemeinsamen Interesse entspricht. Zum anderen, weil nach wie vor Furcht vor militärischen Gefahren herrscht, die von Deutschland ausgehen könnten. Wir dürfen uns wirklich keinen Illusionen hingeben. Manche Reden, die bei uns in Deutschland gehalten wurden, haben den Eindruck erweckt, daß bei uns zuviel an den Kriegsfall gedacht würde und zuwenig an eine Zukunft in Frieden, die es zu gewinnen gilt. Die friedliche und gerechte Zukunft, die unser Volk und alle Völker wollen, kommt nicht von allein.

Unsere Außenpolitik richtet sich in der Tat gegen niemanden. Wir sind nicht darauf aus, uns überflüssig und übertrieben in den Vordergrund zu spielen. Wir wollen nirgends Zwietracht säen. Die Bundesrepublik Deutschland hat keinen militärischen, geschweige denn atomaren Ehrgeiz. Es kann ihr nicht darum gehen, krankhaft einem ›Platz an der Sonne‹ zuzustreben, aus dem nur zu leicht ein Platz am Feuer wird.

Worauf es uns ankommt ist dies: an der Entspannung und an der Festigung des Friedens in der Welt mitzuarbeiten. Aber selbstverständlich werden wir, wo immer dies notwendig ist, mit friedlichen Mitteln unsere eigenen Interessen vertreten.

Viele Hoffnungen sind nach den beiden Weltkriegen enttäuscht worden. Heute wissen wir besser als früher: Über den Frieden zu sprechen, verlangt den Mut, sich durch keine Rückschläge und Enttäuschungen von dem richtigen Ziel abbringen zu lassen. Dies ist der Mut und die Beharrlichkeit, die jede zukunftssträchtige Außenpolitik verlangt. Als Europäer und als deutscher Außenminister sehe ich keine Alter-

native zu einer Politik, die die Sicherung des Friedens zum obersten Richtpunkt macht.

Der Verzicht auf Gewalt ist eine logische Folge unserer Politik des Friedens. Abkommen, die das festhalten, können geeignet sein, die Atmosphäre in Europa bedeutend zu verbessern und die Lage zu entspannen. Sie können die Voraussetzungen verbessern, zu einer Friedensordnung für Europa zu gelangen. Sie können auch Meilensteine des Unternehmens sein, die beiden Teile Deutschlands in den Prozeß der Entspannung, Annäherung und Zusammenarbeit Europas einzubeziehen, statt sie davon auszuklammern. Es gibt kein Volk und keinen Nachbarstaat, für die eine befriedete europäische Mitte nicht Vorteile brächte. Wer an unserer Aufrichtigkeit zweifelt, soll uns beim Wort nehmen. Wer noch immer Furcht vor Deutschland hat, dem werden wir sie nehmen können. Wer uns mißtraut, wird kein Vertrauen gewinnen können, wenn er nicht den Versuch zur Zusammenarbeit macht.

Unsere Außenpolitik ruht auf festen Grundsätzen. Wie die Dinge liegen, muß sie im westlichen Bündnis ruhen. Sie sucht den friedlichen Ausgleich und das konstruktive Zusammenwirken in Europa. Dies entspricht dem Gebot der Zeit und dem Wunsch der Völker. Diese Politik gründet sich auf Vernunft und sucht das rechte Maß. Deutschland ist für den Ausgleich in Europa unentbehrlich. Ich sage dies in der hoffentlich richtigen Einschätzung unseres Gewichtes und unserer Möglichkeiten. Wir ordnen uns ein in das elementare Bestreben, den Frieden zu bewahren, ihn in anderen Teilen der Welt überhaupt erst herbeizuführen, ihn weltweit zu festigen. Das meinen wir, wenn wir sagen: Der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker ist das erste und letzte Wort, das Fundament unserer Außenpolitik.

Priorität Europa

Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die europäischen Völker eine größere Mitverantwortung für Frieden und Fortschritt in der Welt übernehmen müssen. Dazu haben sie ihre begrenzten Kräfte zu verbinden. Dazu bedarf es eines engeren europäischen Zusammenschlusses.

Mit anderen Worten: Wir können uns mit dem, was bisher erreicht wurde, nicht zufriedengeben. Aber wir wollen es auch nicht geringachten. Was sich in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa vollzogen hat, wird geschichtlich ganz gewiß nicht unterbewertet werden. Das gilt nicht zuletzt für den Europarat in Straßburg, der mit seiner Beratenden Versammlung für den Meinungsaustausch und die Meinungsbildung eine wichtige Aufgabe gewahrt hat.

Den eigentlichen Vorstoß in politisches Neuland bedeutete die Gemeinschaft der Sechs, die seit 1951 in der Montanunion, seit 1957 in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und in Euratom zusammengeschlossen sind. Der überzeugende ökonomische Erfolg der EWG und ihr Ausbau zu einem wesentlichen Faktor der internationalen Beziehungen wurde zu einem eindeutigen westlichen Erfolg. Auf dem Weg, den die Sechs beschritten, ging es trotz aller Zweifel und Risiken voran. Der Erfolg wirkte attraktiv. Durch ihre

Fortschritte hin zur Zoll- und Wirtschaftsunion bot sich die EWG als Kern der europäischen Einigung an.

Die deutsche Politik richtete sich, seit es eine Bundesrepublik gibt und schon vorher, auf die wirtschaftliche und politische Einigung Europas. Unbeschadet der Diskussionen über Methoden und Inhalte darf die Förderung der europäischen Gemeinschaften, ihr Ausbau und ihre Erweiterung, eine Konstante der deutschen Politik genannt werden. Auf allen Wegen, die sich bieten, streben wir dem Ziel der Einigung Europas zu. Diese Einigung, so meinen wir, liegt zunächst im Interesse der europäischen Völker, die unmittelbar daran teilhaben. Sie liegt ferner im Interesse der Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten und der Zusammenarbeit mit anderen Teilen der Welt, nicht zuletzt den Entwicklungsländern. Eines Tages, so hoffen wir, wird sich auch in der Sowjetunion und im übrigen Osten die Erkenntnis durchsetzen, daß ein so geeintes Europa für den Frieden in der Welt von entscheidender Bedeutung sein kann.

Die neue Regierung der Bundesrepublik Deutschland, so erklärte ich dem Ministerrat der EWG im April 1967, hat keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß sie alle möglichen Anstrengungen unternimmt, um die Ziele des EWG-Vertrages zu erreichen. Sie sieht in dem Zusammenschluß, wie er im Rom-Vertrag vereinbart ist, eine geeignete Form der europäischen Einigung. Sie wird hierin vom Deutschen Bundestag voll unterstützt. So entspricht es der öffentlichen Meinung in unserem Lande, die sich praktisch ohne Ausnahme zur europäischen wirtschaftlichen Einigung bekennt. Die EWG hat in den letzten Jahren so gewichtige Fortschritte erzielt, daß kein Mitgliedstaat sie mehr in Frage stellen kann, ohne selbst dabei Schaden zu nehmen. Darin liegt zugleich ein Erfolg auf dem Wege zu einer politischen Einigung Europas. Je mehr die EWG sich stärkt und vollendet, um so

mehr wird sie durch ihre Existenz und Dynamik auf die Einigungsbestrebungen in anderen Bereichen ausstrahlen. Wenn wir auf dem Wege zur Wirtschaftsunion zügig fortschreiten, wird uns das der Einigung Europas insgesamt näher bringen. Der Gemeinsame Markt stellt ein in sich geschlossenes Ganzes dar, jeder Sektor hat Auswirkungen auf andere Sektoren. Deshalb ist die gleichgewichtige Entwicklung der Gemeinschaft so wichtig. Die EWG darf nicht im Status einer Zoll- und Agrarunion steckenbleiben. Sie soll zur Wirtschaftsunion fortgebildet und gleichzeitig sollen ihre Außenbeziehungen ausgebaut werden.

Ich stellte damals in Brüssel dar, und davon ist auch heute nichts abzustreichen, die drei europäischen Gemeinschaften seien historisch gewachsen, ihr isoliertes Fortbestehen sei jedoch nicht mehr zeitgerecht. Sie müßten zu einer einzigen europäischen Gemeinschaft verschmolzen werden. Die Fusion der Exekutiven, so durfte man erwarten, würde der Auftakt zur Verschmelzung der Gemeinschaften sein. Sie würde die Lösung vieler der drei Gemeinschaften angehenden Fragen erleichtern können. Die Vereinheitlichung der Verwaltung und die stärkere räumliche Konzentration würden auch von der Öffentlichkeit verstanden und begrüßt werden.

Wir wiesen weiter darauf hin, daß mit dem Zusammenschluß der Organe der Gemeinschaften die entscheidende Phase für die Ausarbeitung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik eingeleitet werden könnte. Sie ist – zusammen mit der Harmonisierung des Steuerrechts und der Entwicklung einer gemeinsamen Verkehrspolitik – unentbehrlich für die Bildung der Wirtschaftsunion.

Die Verschmelzung der Organe von EWG, Montanunion und Euratom erfolgte im Sommer 1967. Die Entscheidung hierüber fiel Ende Mai auf der sogenannten Gipfelkonferenz

in Rom, aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Römischen Verträge. In Brüssel konnte also die gemeinsame Europäische Kommission unter dem Vorsitz von Jean Rey gebildet werden. Dies bedeutete, nach langer verdienstvoller Tätigkeit, das Ausscheiden von Professor Walter Hallstein. Vorher war vereinbart worden, daß die Präsidentschaft alle zwei Jahre wechseln sollte.

1967 war für die EWG nicht nur ein schlechtes Jahr. Den erfolgreichen Abschluß der Kennedy-Runde konnte sie als Erfolg verbuchen. Bei den schwierigen Verhandlungen über die Senkung der Zollsätze ist sie geschlossen aufgetreten und hat wesentlich zum Gelingen dieses wichtigen Planes beigetragen. Von vergleichbarer Bedeutung war das gemeinsame Auftreten der Sechs bei der Lösung internationaler Währungsprobleme. Das gilt auch für die Solidarität untereinander und gegenüber Großbritannien, als es im November 1967 zur Pfund-Abwertung kam.

Ohne Erfolg blieb jedoch das Bemühen um die Erweiterung der EWG, wie sie im Vertrag von Rom vorgesehen ist und von Großbritannien und anderen europäischen Staaten beantragt wurde. Auch die deutsch-französische Zusammenarbeit, die neu belebt wurde, versagte zunächst vor dieser großen Aufgabe, über die noch zu sprechen sein wird.

Anfang 1967 erklärte ich namens der Bundesregierung in Bonn und Paris, in Straßburg und Brüssel, in Rom und London, im Haag und in Kopenhagen: Der EWG-Vertrag steht allen europäischen Staaten zum Beitritt offen. Beitrittswillige Staaten müssen sich allerdings der gemeinsamen Grundauffassung von der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas anschließen. Das gilt auch für die aufgrund des Rom-Vertrages inzwischen gefaßten Beschlüsse. Andererseits wird der Beitritt neuer Mitgliedstaaten Übergangsregelungen unvermeidlich machen. Ein Beitritt Großbritanniens und

anderer EFTA-Staaten würde den Graben zwischen den beiden europäischen Wirtschafts-Gruppierungen zuschütten.

Wir können nicht damit rechnen, daß sich solche Gelegenheiten beliebig wiederholen werden. Daher tragen wir miteinander die Verantwortung dafür, daß die Möglichkeit, die sich jetzt bietet, genutzt wird. Die Teilung des westlichen Europa in zwei Wirtschaftsgruppierungen darf kein Dauerzustand werden. Die Stellung Europas in der Welt würde nach einer Erweiterung der Gemeinschaft wesentlich stärker sein. Das gilt nicht nur wirtschaftlich und technologisch, sondern auch politisch.

Wir hatten die Überzeugung gewonnen, daß es Großbritannien und anderen EFTA-Staaten ernst sei mit dem Wunsch, der Gemeinschaft beizutreten. Ebenfalls meinten wir, daß die sicher nicht einfachen Fragen des Beitritts Großbritanniens zur Gemeinschaft sachlich gelöst werden können.

Eine Zwischenbilanz Anfang 1968 führt zu enttäuschenden Feststellungen. Mit der erstrebten Erweiterung der Gemeinschaften sind wir noch nicht vorangekommen. Ich gehöre jedoch gerade auf diesem Gebiet nicht zu den Pessimisten. Jedenfalls nehme ich es ernst, daß am 19. Dezember 1967 im Ministerrat festgestellt wurde, keiner sei grundsätzlich gegen eine Erweiterung und alle seien damit einverstanden, daß die Beitrittsgesuche auf der Tagesordnung bleiben. Resignation führt zu nichts. Es müssen vernünftige und beharrliche Anstrengungen gemacht werden, um dem als richtig erkannten Ziel näherzukommen.

Auch für die erstrebte politische Einheit wurden 1967 keine Fortschritte erzielt. Selbst der durch die ›Gipfelkonferenz‹ in Rom angeregte Versuch, im Kreise der Außenminister über Möglichkeiten der politischen Zusammenarbeit zu sprechen, blieb ergebnislos. Dies hängt nicht nur damit zusammen, daß die französische Staatsführung dem Gedanken

überstaatlicher Souveränität fremd gegenübersteht. Es hat sich auch unabhängig davon gezeigt, daß jene irrten, die meinten, aus wirtschaftlicher Integration würde sich mehr oder weniger automatisch eine politische Integration entwickeln. Die Erfahrung lehrt, daß wir gut daran tun, uns auf eine Perspektive intergouvernementaler Zusammenarbeit einzustellen. Auch eine qualifizierte politische Zusammenarbeit zwischen den Regierungen wird nicht leicht sein. Aber sie könnte viel bedeuten. Und sie brauchte nicht zu bedeuten, daß man auf das demokratische Korrektiv parlamentarischer Kontrolle und Mitwirkung verzichtet.

Das große Ziel der Vereinigten Staaten von Europa sollte uns bei alledem nicht entgleiten.

Gipfelkonferenzen sind – wie die Erfahrung vom Mai 1967 zeigte – kein Allheilmittel. Gipfelstürmer brauchen eine gute Form für den Aufstieg, und ohne gehörige Vorbereitungen kann Höhenluft gefährlich sein. Europa ist heute nicht in bester Form für kühne Bergpartien. Ich bin für eine Politik, die an großen Zielvorstellungen orientiert ist und die nach vorn will, aber dabei nüchtern und realistisch bleibt. Sie muß davon ausgehen, daß die politische Föderation mit supranationalen Einrichtungen in nächster Zukunft nicht Wirklichkeit wird. Wie die Tatsachen sind, könnte sie gegenwärtig nicht einmal unter den sechs Ländern des Gemeinsamen Marktes gemeinsam gestaltet werden. In unserer Planung für die Zukunft Europas sollten wir realistisch die begehbaren Bahnen abstecken. Damit ist nichts gegen die Idee der Integration gesagt. Sie ist heute ein so großartiges Konzept wie vor Jahren. Sie ist auch nicht mehr nur ein Konzept, denn die EWG enthält, über das Wirtschaftliche hinaus, bereits Teilaspekte einer politischen Integration. Es ist wichtig, daß sie nicht zerstört, sondern weiterentwickelt werden.

Es gibt eine für meine Begriffe ärgerliche Belastung der Europa-Debatte, auf die ich auch hier hinweisen will. Jenes große Beginnen, das mit den Namen Schuman, de Gasperi und Adenauer verbunden bleibt, wurde in abträglicher Weise zuweilen ideologisiert. Übereifrige Interpreten wollten ihm eine teils karolingische, teils christlich-demokratische Deutung geben. Später hat es dann die Frage gegeben, ob zu befürchten sei, daß dem eine sozialdemokratische Europa-Ideologie entgegengesetzt würde. Nun, jeder weiß, wo ich stehe. Ich bin Sozialdemokrat, aber ich bin gegen jede Formel, die einengend und schon deshalb abträglich sein müßte. In Wirklichkeit geht es darum, daß die europäische Zusammenarbeit alle demokratischen Kräfte umfaßt. Sie darf in ihrem Funktionieren nicht abhängig sein von einem Regierungswechsel in dem einen oder anderen Lande. Führende Männer aus verwandten politischen Lagern können manches tun, um die europäische Entwicklung zu fördern. Sie sollten jedoch jeder Art von Ideologisierung widerstehen, die Europa schwächt statt es zu stärken.

Trotz des unbefriedigenden Standes der westeuropäischen Zusammenarbeit halte ich es für unerlässlich, die Überwindung der Schranken zwischen Ost und West ins Auge zu fassen. Ich habe die westeuropäische Gemeinschaft nie als eine Zitadelle aufgefaßt, in der wir uns einigeln und gegen die Welt ringsum verschanzen. Das Europa der Sechs und auch ein erweitertes Westeuropa darf nicht gegen seine Nachbarn stehen, es soll sie anziehen und nicht abstoßen. Es muß offen sein, nicht abgeschlossen. Ohne uns durch einen theoretischen Zielkonflikt hemmen zu lassen, sollten wir in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas zielstrebig voranschreiten.

Konstruktive Beziehungen zwischen Westeuropa und Osteuropa sind ein Gebot unserer Zeit. Ich habe mich vor Jahr

und Tag für die sachliche Kommunikation mit den Völkern und Regierungen der osteuropäischen Staaten entschieden. Aber ich war und bin gegen ein egoistisches und nationalistisches Wettrennen. Deshalb bin ich dafür eingetreten, die Politik gegenüber Osteuropa zu koordinieren. Dabei bleibe ich, trotz der offensichtlichen Schwierigkeiten. Die vermeintlichen Vorteile einzelner können den Schaden aller jedenfalls nicht aufwiegen.

Im Mai 1964 habe ich in New York erklärt: Wir sollten den Völkern Osteuropas gemeinsame Projekte vorschlagen und ihnen deutlich machen, daß wir die Angleichung ihres Lebensstandards an den unsrigen nicht fürchten, sondern erstreben. Dies entspricht auch der ursprünglichen Idee des Marshallplanes. Unabhängig von politischen Lösungen sollte der Westen an praktische Projekte herangehen, die Ost- und Westeuropa über den Eisernen Vorhang hinweg verklammern können.

Einige Monate später habe ich mich in einer Denkschrift, die zunächst für Außenminister Dean Rusk bestimmt war, um die Konkretisierung dieser Zielsetzung bemüht. Dabei wies ich u. a. auf die Möglichkeit hin, die Genfer UN-Kommission für Europa (ECE) für diese Aufgaben zu aktivieren, ein Gedanke, der auch von jugoslawischer und polnischer Seite erwogen wurde. Kleine Geister haben damals in Bonn die Frage aufgeworfen, ob ein Berliner Bürgermeister überhaupt befugt sei, solche Fragen mit Außenministern befreundeter Staaten zu erörtern. Es ist eine beliebte Methode, über Kompetenzen zu streiten, wenn man der Sache ausweichen möchte.

Mir liegt daran, auch dieses zu unterstreichen: Die europäische Einigung hat sich mir nie als eine Frontstellung gegen die Vereinigten Staaten dargestellt. Ich meinte und meine, wo wir Europäer ohne die Vereinigten Staaten vorankom-

men können, sollten wir es tun. Europa hätte in den letzten Jahren schon mit manchem beginnen können, ohne darauf zu warten, daß die Amerikaner vorgehen. Die Amerikaner wären über mehr europäische Initiative nicht unglücklich gewesen. Auch uns Deutschen hätten mehr Eigeninitiative und gesundes Eigeninteresse durchaus angestanden. Aber es gibt für uns in Europa Probleme, die nicht ohne Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und nicht ohne ihre Unterstützung gelöst werden können.

Das wichtigste ist die Sicherung des Friedens. Europa kann sich für den schrecklichen Fall eines Weltkonflikts nicht allein verteidigen, und ich sehe die Zeit nicht kommen, in der es dazu in der Lage sein würde. Deshalb meine ich: Es muß die Möglichkeit geben, unabhängig zu handeln, ohne Selbstmord zu begehen. Ich meine darüber hinaus, daß es ein Jammer wäre, wenn der Gedanke der konstruktiven atlantischen Partnerschaft, den John F. Kennedy mit seiner Mischung von Realismus und Vision in die Debatte warf, nicht doch noch mit konkretem Inhalt erfüllt werden könnte.

Für mich bleibt es jedenfalls unbestreitbar: Die Völker Europas müssen ihre begrenzten Kräfte verbinden, um eine größere Mitverantwortung für Frieden und Fortschritt in der Welt übernehmen zu können. Deshalb ist ein engerer europäischer Zusammenschluß notwendig.

Partner Amerika

Die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten ist, das ist Selbstverständlichkeit geworden, ein wichtiges Element unserer Außenpolitik. Dies gilt auch für das Bündnis, dem die USA und wir angehören.

Das Bild, das die Vereinigten Staaten von Amerika als Nation und als Staat im Verlauf ihrer neueren Geschichte von sich selbst vor der Welt geschaffen haben, erregte im gleichen Maß Bewunderung und Anfeindung. Sie sind ein Machtfaktor, der über das Schicksal der ganzen Welt mitentscheidet. Unsere Beziehungen zu Amerika sind deshalb anders und komplexer als Beziehungen zu Staaten, die von jener Position der Macht und der Verantwortung weiter entfernt sind. Unsere Beziehungen zu den USA beschränken sich nicht auf das bloße Kalkül der Interessen. In ihnen wirkt all das mit, was wir die ›jüngste Vergangenheit‹ nennen. Wenn die Bundesrepublik heute in ihrer Außenpolitik einer Linie der größeren Selbständigkeit folgt, so kann daraus nicht eine Entfremdung von Amerika abgelesen werden. Kein verantwortungsbewußter deutscher Politiker – und überhaupt kein Deutscher in der Bundesrepublik, dessen Gedächtnis noch intakt ist – wird vergessen können und wollen, daß unser Aufstieg zu einem wirtschaftlich prosperierenden Gemeinwesen und unsere Entwicklung zu einem abgesicherten Faktor Westeuropas in besonderem Maße der Nachkriegspolitik

des amerikanischen Partners zu verdanken ist. Wie sollte das ein langjähriger Bürgermeister von Berlin vergessen können! Er hat die unvergeßliche Erfahrung gemacht, daß seine Stadt vor Stalin und ihre Bevölkerung vor dem Verhungern bewahrt wurde.

Als Deutschland – und mit ihm durch deutsche Schuld ein großer Teil Europas – in Trümmern lag und jede politische Neuordnung durch bitterste materielle Not behindert war, haben die Vereinigten Staaten bereitwillig eine Verantwortung übernommen, die mehr als eine Selbstverständlichkeit gewesen ist. Sie haben es durch die großzügige Hilfe des Marshallplans erst möglich gemacht, daß unser Teil Europas die für seinen Wiederaufbau notwendige Kraft sammelte, und sie haben diesem hilflosen Europa ihren Schutzschild geliehen.

Die Konsequenz dieser Ausgangslage war das Nordatlantische Verteidigungsbündnis, in dem die von Amerika getragene Verantwortung in den gebündelten Verantwortungen der europäischen Partner ein Äquivalent fand. Daß Deutschland, Urheber und Verlierer des Zweiten Weltkrieges, als gleichberechtigtes Mitglied in dieses Bündnis aufgenommen wurde, war keine Kleinigkeit. Dies festzustellen, fällt auch denen nicht schwer, die sich in den frühen fünfziger Jahren eine beweglichere westliche Politik gewünscht hätten und von dem Zweifel geplagt waren, ob damals alle außenpolitischen Möglichkeiten wirklich ausgelotet worden sind.

Jedenfalls: Wir Deutschen gewannen in den Vereinigten Staaten nicht nur für die Sicherung des Westens einen guten Bundesgenossen. Wir fanden und finden in ihnen auch einen zuverlässigen Vertreter unserer eigenen Lebensinteressen. In West-Berlin ist es für jeden auch heute deutlich sichtbar.

In der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 wurde gesagt, wir hätten vielleicht in den vergangenen Jahren im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten manchmal zu sehr unsere eigenen Sorgen und Nöte betont und übersehen, daß auch eine große Macht wie die USA ihre Sorgen und Probleme habe – Probleme, für die sie bei ihren Verbündeten Verständnis und Unterstützung erwarte.

Fast wider Willen ist diese mächtige Nation nach dem letzten Krieg in eine Lage geraten, die sie in allen Kontinenten engagiert. Wir sollten dies nicht vergessen und uns überlegen – so hieß es in der Regierungserklärung –, wie wir zu unserem Teil und die Europäer insgesamt an der Bewahrung des Weltfriedens und für die Wohlfahrt der Völker entschiedener als bisher Mitverantwortung übernehmen können.

Man sollte das amerikanische Engagement in Europa nicht entwerten, indem man behauptet, es habe nur der eigenen Sicherheit, der Konsolidierung des strategischen Vorfelds, der industriellen Expansion und der Erschließung von Absatzmärkten gedient. Solche Ansichten, die gelegentlich von ganz rechts und von ganz links zu hören sind, fordern nur zum positiven Widerspruch heraus. Daß es trotzdem ein Problem der ›Amerikanisierung‹ im wirtschaftlichen und technischen Bereich gibt, steht auf einem anderen Blatt. Dessen sind sich auch viele Amerikaner bewußt. Die Mahnungen und Maßnahmen des amerikanischen Präsidenten zur Sicherung des Dollars sind dafür ein eindrucksvolles Signal. Wir müssen uns darüber klar sein, daß dieses Problem nicht durch Emotionen, sondern nur durch Leistung und vertrauensvolle Partnerschaft zu lösen ist.

Die atlantische Partnerschaft zwischen Amerika und Europa ist keine Gemeinschaft von Krämern. Sie gründet sich auf freiheitliche Ideen, die in beiden Kontinenten auf verschiedenen Wegen und mit unterschiedlichem Erfolg erkämpft

und verwirklicht werden. Westeuropa ist unter dem Schutz Amerikas stärker und selbstbewußter geworden. Seine zum Teil schon integrierte Wirtschaftskraft wirkt kräftig in die Welt hinaus und konkurriert mit allen großen Industrienationen. Europa beginnt, sich auf seine Kraft zu besinnen und auf die Aufgaben, die wahrzunehmen es berufen sein könnte.

Unter solchen im positiven Sinne veränderten Voraussetzungen ist es nur natürlich, daß die europäischen Staaten ihr Verhältnis zu der großen Führungsmacht des Westens neu überdenken. Dabei stellt sich allerdings sofort die grundlegende Frage: Kann Europa auf den Schutz und die Partnerschaft Amerikas verzichten?

Für die Sicherheit Europas und für die Schaffung einer soliden europäischen Friedensordnung ist das Engagement der Vereinigten Staaten unerläßlich. Für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland hat die Garantie der USA entscheidende Bedeutung. Der gemeinsame Wunsch, den Frieden in Europa zu erhalten und sicherer zu machen, bleibt ein gutes Fundament für die Vertiefung unserer freundschaftlichen und engen Beziehungen.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit steht in keiner Konkurrenz zu unserem Verhältnis mit den Vereinigten Staaten. Sie ist von eigener Qualität. Mit unseren Nachbarn wollen wir das europäische Haus bauen und wohnlich einrichten. Die meisten von uns wissen, wie entscheidend es von den Vereinigten Staaten abhängt, daß dieses Haus gebaut werden kann, ohne von Unwettern verwüstet zu werden.

Die amerikanische Präsenz in Europa ist kein Selbstzweck. Sie dient unserer gemeinsamen Sicherheit. Die Anwesenheit amerikanischer Truppen liegt im deutschen Interesse ebenso wie im Interesse der anderen europäischen Staaten und der

USA selbst. Allerdings: Die Weiterentwicklung der Militär- und Verkehrstechnik, Übereinkünfte zwischen Ost und West und Erfolge der Entspannungspolitik könnten eine Verringerung der Truppenstärke möglich machen, ohne die gemeinsame Sicherheit zu gefährden. Wir sollten darüber mit Vernunft sprechen und uns Entscheidungen weder durch Wunschdenken noch durch zeitweilige Schwierigkeiten der Zahlungsbilanz aufzwingen lassen.

Dabei sollte nie in Vergessenheit geraten, daß das Nordatlantische Bündnis und die erstrebte europäisch-amerikanische Partnerschaft weit über den Bereich der militärischen Sicherheit hinausreichen. Die wirtschaftliche und politische Einigung Europas liegt ebenso im Interesse der europäischen Völker wie in dem der Vereinigten Staaten. Amerikanische Freunde haben uns gesagt, Europa müsse lernen, mit *einer* Stimme zu sprechen. Das heißt, es wird eine *europäische* Stimme sein müssen.

John F. Kennedy hatte in der kurzen Zeit seines Wirkens viel getan, um nicht nur der westlichen Politik eine überzeugende Ausrichtung zu geben, sondern auch das amerikanisch-europäische Verhältnis neu zu definieren. Er entwickelte darüber hinaus eine klare Sicht der Ost-West-Beziehungen. Ich werte dies auch heute noch so wie 1964.

»Die von Präsident Kennedy proklamierte Strategie des Friedens ist als ein umfassender Versuch zu werten, das Verhältnis zwischen Ost und West ohne Illusionen zu ändern. Es ist der Versuch, das atomare Gleichgewicht des Schreckens zu entschärfen und sich an die friedliche Lösung von Problemen heranzuarbeiten.

Diese Strategie zielt darauf ab, den Status quo nicht einfrieren zu lassen, sondern ihn schrittweise abzuwandeln und zu überwinden.

Dabei müssen wir jenseits allen Zweifels deutlich machen,

daß Deutschland an der Entspannung interessiert ist und nicht an der Aufrechterhaltung der Spannung. Zur Entspannung, die diesen Namen verdient, gehören aber eben solche Maßnahmen, die die politischen Ursachen der Spannung überwinden helfen. Und da kommt man nicht an der deutschen Frage vorbei.

Von Kennedy haben wir gelernt: mit beiden Beinen auf dem Boden der Tatsachen stehen, aber nicht Gefangener des Tages werden. Die Welt sehen, wie sie ist, aber über die bloße Verteidigung hinausdenken. Alles tun, was für die Sicherheit erforderlich ist, aber hineindenken in eine Welt besserer Zusammenarbeit. Ein Staat kann nach außen auf die Dauer nicht stärker sein, als er im Innern ist. Das bedeutet: schöpferische Kräfte sollen im Innern geweckt werden. Sie haben ihren eigenen Wert. Für unsere Beziehungen nach außen sind sie nicht verboten.

Ich bleibe bei der Strategie des Friedens, die John F. Kennedy entwickelt und an die Präsident Johnson kraftvoll angeknüpft hat.

Die Konzeption, die Kennedy am 26. Juni 1963 vor der Freien Universität entwickelte, liegt der Politik der USA weiterhin zugrunde. Dies bedeutet: Das Ringen um schrittweise Veränderungen zum Besseren bleibt die Politik der westlichen Führungsmacht. Ich bin vor geraumer Zeit zu dem Ergebnis gekommen, daß es nur so geht. Mit der Formel ›Alles oder nichts‹ kann man Gemütsbewegungen befriedigen, aber keine vernünftige Außenpolitik machen.«

Nicht erst als Außenminister habe ich – in Deutschland und in Amerika – betont, daß sich eigentlich niemand Sorge zu machen braucht, wenn Europa größere Selbständigkeit und ein wachsendes Selbstbewußtsein zeigt. Aber das gilt nur, wenn wir keinen Zweifel daran lassen, daß es auf absehbare Zeit Sicherheit für Europa ohne das militärische Engagement

der Vereinigten Staaten nicht geben kann. Ebenso deutlich müssen wir sagen, daß Amerika sich nicht sicher fühlen könnte ohne die Festigkeit seiner Freunde in Europa. Dies ist die Voraussetzung für eine Partnerschaft der Gleichberechtigung auf beiden Seiten des Atlantik.

Diese Gleichberechtigung wird nicht unmöglich gemacht durch das atomare Übergewicht, das Europa nicht einholen kann. Aber es bedarf auch auf diesem Gebiet der Abschreckung und Friedenssicherung einer ebenbürtigen Mitverantwortung der Europäer. Das gilt heute für die strategische Planung und Entscheidung, ganz abgesehen von den Zusammenhängen zwischen militärischer Grundlagenarbeit und ziviler Produktion. Als deutscher Politiker habe ich gesagt und wiederhole es: Ich will nicht, daß mein Land über nukleare Waffen verfügt; die Mehrheit meiner Landsleute denkt ebenso; wir brauchen diese Waffen nicht. Europa darf jedoch niemals schutzlos sein. So oder so muß das Risiko eines Angriffs auf Europa groß genug bleiben.

Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten und den übrigen Partnern des Nordatlantischen Pakts ist für die Zukunft, die wir zu überblicken vermögen, lebenswichtig. Es ist ein fundamentales Element unserer Außenpolitik.

Dieses Buch handelt von europäischer Politik und europäischer Friedensordnung. Aber die Ehrlichkeit – auch der Respekt vor dem amerikanischen Verbündeten – gebietet, Vietnam nicht zu übergehen.

Hier steht für mich an erster Stelle ein tiefes Mitgefühl mit dem leidenden vietnamesischen Volk. Was es zu tragen hat, in beiden Teilen, ist ein in dieses Jahrhundert übertragener Dreißigjähriger Krieg. Daraus ergibt sich eine humanitäre Pflicht. Daraus ergibt sich auch der dringende Wunsch nach einer friedlichen Lösung des Konflikts und die Bereitschaft,

zu einer solchen Lösung mit dem Ziel einer politischen Konsolidierung beizutragen.

Die gegenwärtige Regierung der Bundesrepublik hat es nicht für angemessen gehalten, sich durch Erklärungen über 'moralische Unterstützung' in ein nicht einzulösendes Engagement oder ins Zwielficht zu begeben. Sie hat es andererseits nicht für angemessen gehalten, den Amerikanern öffentliche Ratschläge zu erteilen.

Aber auch bei uns in der Bundesrepublik hat die Kriegsausweitung in zunehmendem Maße Zweifel und Sorgen ausgelöst. Insofern war es keine Überraschung, daß diese Zweifel, auch hinsichtlich der Bombardierungen im Norden, in meiner eigenen Partei zum Ausdruck kamen. In einer – weithin falsch dargestellten – Presseverlautbarung wurde nach einer Vorstandssitzung Anfang Januar 1968 festgestellt, daß Sympathie für die Vorschläge von Generalsekretär U Thant bekundet worden sei und daß man sich auf Entschlüsse der Sozialistischen Internationale bezogen hatte. Dabei vergaß man jedoch nicht hinzuzufügen, daß es der Friedensbereitschaft beider Seiten bedürfe, um zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen.

In Vietnam – so sagte ich als Vorsitzender meiner Partei im Oktober 1967 in Zürich – haben wir eine Steigerung des Einsatzes der Kampfmittel erlebt und sind zugleich Zeuge des die Vereinigten Staaten aufwühlenden Zweifels, ob damit eine militärische Entscheidung erreicht werden kann. In Nordvietnam wiederum hat sich die Verbissenheit gesteigert, durchzuhalten und in keinem der Punkte nachzugeben, die als Voraussetzungen für die Aufnahme von Friedensverhandlungen aufgestellt worden sind. In einer Lage, in der offenbar niemand siegen und keine der beiden Seiten in herkömmlicher Weise besiegt werden kann, erlebt die Welt die qualvollen Leiden eines Volkes mit, das un-

geheure Opfer bringt, unabhängig davon, ob es im Norden oder im Süden wohnt.

Zwei Jahre zuvor, bei einer kurzen Amerikareise, war mir klar geworden, daß wir in der Bundesrepublik eine völlig unzureichende Vorstellung davon hatten, was der Krieg in Vietnam für die USA tatsächlich und bewußtseinsmäßig bedeutete. Er hatte eine öffentliche Diskussion ausgelöst, für deren Tiefe und Leidenschaft es in den letzten zwanzig Jahren keinen Vergleich gibt. Das heißt: Dieser Krieg ist ein Meilenstein im Bewußtsein der amerikanischen Bevölkerung, was die Bürden und die Verantwortung, die Möglichkeiten und die Grenzen einer Weltmacht bedeuten. Das heißt weiter: Dieser Krieg wird auf die weitere weltpolitische Orientierung der stärksten westlichen Macht nicht ohne Einfluß bleiben. Diese Zusammenhänge und Entwicklungen können uns nicht gleichgültig sein. Die früheren Bundesregierungen hatten es nicht verstanden, der Bevölkerung die Tragweite dieser Probleme zu erklären. Unbezweifelbar war die Entschlossenheit der USA, zu ihrem Wort und zu den Konsequenzen ihres Engagements zu stehen. Es war auch deutlich, daß Präsident Johnson bei seinen Entscheidungen durchweg einen soliden Rückhalt in seinem Volk hatte. Dazu steht nicht im Widerspruch, daß man einem starken Wunsch begegnete, in Vietnam den Frieden zu erreichen und in Südostasien an positiven Entwicklungsprogrammen mitzuwirken. Dahinter lag die große Aufgabe, den Frieden der Welt sicherer zu machen. Es gab keine Abwendung Amerikas von Europa und keine Schwächung seines Interesses an unserem Teil der Welt. Die Vietnam-Debatte in den USA war ungleich härter als vergleichbare Diskussionen in Europa. Viele Amerikaner empfanden sie als Zeichen der Stärke. Die amerikanische Diskussion zeigte, daß Offenheit, die auch sogenannte Tabus nicht ausschließt, einer Nation

bewußt macht, was sie über den Tag hinaus nicht schwächt, sondern stärkt.

Im Februar 1966 war ich – als einer der Träger dieser Auszeichnung – zur Verleihung des ›Freedom Award‹ nach New York gekommen. Einem, der daran – in übrigens nobler Weise – Anstoß nahm, dem amerikanischen Sozialisten-veteran Norman Thomas, schrieb ich aus Berlin:

»Meine Freunde in Amerika vertreten sehr unterschiedliche Haltungen über Zweckmäßigkeit, Sinn, Grenzen und Verantwortbarkeit der gegenwärtigen Vietnam-Politik der Vereinigten Staaten. Wir Deutschen sind keine Lehrmeister für Weltpolitik. Wir sollten aber gewiß auch nicht bloß Mitläufer sein, kein Satellit, der alles gut und schön findet, was die westliche Führungsmacht für richtig hält.

Ich wende mich insbesondere gegen vereinfachende, sachlich nicht fundierte Vergleiche zwischen Vietnam und Berlin . . . Gerade wer wie ich auf eine substantivierte Entspannung zwischen Ost und West hofft, kann nicht aus den Augen verlieren, daß in Vietnam auch darüber entschieden wird, ob die These vom amerikanischen Papier-tiger und von der Möglichkeit begrenzter, stellvertretender Kriege gegen eine dagegen hilflose Atommacht die Oberhand behält.

Es kann sein, daß die Menschen in den Vereinigten Staaten erst in dieser Phase sich völlig bewußt werden und darüber erschrocken sind, welche Bürde es ist, Weltmacht zu sein, und daß damit leider häufig die Entscheidung für ein geringeres Übel verbunden ist. Mein Eindruck, daß Präsident Johnson einem Frieden unter vertretbaren Bedingungen zustrebt, hat sich nicht verändert. Meinen Freunden in Deutschland rate ich, sich von oberflächlichen und extremen Äußerungen fernzuhalten.«

Der Krieg in Vietnam ist inzwischen zwei Jahre lang eskaliert

worden. Er ist grausamer, härter, verbitterter geworden. In dieser Zeit wurde ein Argument gegenstandslos, das zwei Jahre vorher noch eine wesentliche Rolle gespielt hat: die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Vereinigten Staaten. Ein Verzicht der Vereinigten Staaten auf eine militärische Lösung würde unser Vertrauen in die Garantie der USA, ohne die es keine Sicherheit für Europa, die Bundesrepublik und Berlin gibt, nicht berühren.

Der unerklärte Krieg in Südostasien hindert den weiteren Abbau der Spannungen zwischen Ost und West. Er birgt die Gefahr einer Ausweitung. Deshalb liegt der Friede in Vietnam auch im unmittelbaren europäischen und deutschen Interesse.

Die Tragödie eines kleinen Volkes, das seit über zwei Jahrzehnten keinen Frieden kennt und buchstäblich aufgegeben zu werden droht, kann niemanden gleichgültig lassen. Wir können nicht gleichgültig zusehen, wie sich ein ganzes Volk für eine Sache aufreibt, die mit friedlichen Mitteln hätte gelöst werden können und immer noch gelöst werden muß. Diese Tragödie duldet aus menschlichen Gründen keine uninteressierten Zuschauer, sie ruft die Partei der Menschlichkeit auf den Plan. Auf dem falschen Kriegspfad befinden sich diejenigen, die den totalen Volkskrieg heiligsprechen möchten. Das Ziel des totalen Sieges der einen oder der anderen Seite, der eine militärische Vernichtung voraussetzt, ist in Wirklichkeit die Absage an einen Frieden, der diesen Namen verdient.

Deutschland – Sowjetunion: Beginn eines Dialogs

Über die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen hinaus hoffen wir auf eine Besserung des politischen Verhältnisses zwischen uns und der Sowjetunion. Da es nicht realistisch wäre, eine plötzliche grundlegende Veränderung zu erwarten, bemühen wir uns um eine Verständigung Schritt für Schritt.

Die besondere Bedeutung der UdSSR beruht – das ist offensichtlich – in ihrer Stellung als Weltmacht, für uns freilich auch in ihrer Stellung als eine der vier für das Deutschlandproblem noch immer verantwortlichen Mächte. Es war kein Zufall, daß die Sowjetunion im Dezember 1966 im außenpolitischen Teil der Regierungserklärung an erster Stelle genannt wurde. Es ist kein Widerspruch, die Sowjetunion als kommunistische und osteuropäische Führungsmacht zu erkennen und zugleich Differenzierungen in der kommunistischen Welt mit Interesse zur Kenntnis zu nehmen. Doch wir gehen weit, um der Rolle der Sowjetunion gerecht zu werden und ihr nicht den Eindruck zu geben, wir spekulierten auf Meinungsverschiedenheiten im Lager der kommunistischen Staaten.

So haben wir auf jede Initiative verzichtet, was die Beziehungen zur Volksrepublik China angeht. Auch der Möglichkeit einer Formalisierung der nicht unbedeutenden Handelsbeziehungen sind wir nicht nachgegangen.

Man konnte sich allerdings leicht ausrechnen, daß wir nicht so töricht sein würden, uns wegen des Verhältnisses zu China gleichzeitig mit beiden Weltmächten anzulegen.

Dies braucht keinen Verzicht auf die Einsicht zu bedeuten, es könne im Interesse der Friedenspolitik liegen, daß China in der Völkerfamilie mitarbeitet. Eine mögliche spätere Regelung unserer Beziehungen zur Volksrepublik China wird jedoch eine Störung unseres Verhältnisses zu den befreundeten asiatischen Regierungen, vor allem zu Japan, und zu den USA ebenso vermeiden müssen wie den Verdacht Moskaus, die sowjetischen Schwierigkeiten mit China ausnutzen zu wollen.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist zur Weltmacht aufgestiegen. Aber die sowjetische Weltmacht bleibt zugleich auch eine europäische Macht. Im weltpolitischen Zustand der Rivalität mit den Vereinigten Staaten, des potentiellen Konflikts mit China, der beginnenden Einigung Europas, der zur politischen Intervention herausfordernden Unsicherheit in anderen Teilen der Welt zeigt die sowjetische Führung geringe oder keine Neigung, Machtpositionen aufzugeben; und sei es auch zu Gunsten neuer, als besser und sicherer erkannter Ordnungen. Dies kennzeichnet im Grunde die sowjetische Europapolitik seit den ersten Nachkriegsjahren. Europäische Entwicklungen erschienen und erscheinen der sowjetischen Führung noch immer nur insoweit annehmbar, als sie die Machtverhältnisse bestätigen. Entspannung ohne Überprüfung von Machtpositionen ist jedoch ein fragwürdiges Unterfangen.

Für uns Deutsche ist das starre Festhalten am Status quo besonders schwierig, weil es keinen Ausblick auf eine Überwindung der Teilung öffnet. Auch für Europa in seiner Gesamtheit kann der gegenwärtige Zustand der Spaltung nicht ein letztes Wort sein. Europa hat das Recht auf eine

eigene, friedlich gesicherte Existenz, und Europa wird sich dieses Rechts zunehmend bewußt. Die starren sowjetischen Positionen sind mit dem sich abzeichnenden, wohlverstandenen Interesse Europas nicht leicht auf einen Nenner zu bringen. Ein Ausgleich der Interessen wird nicht leicht sein. Um so beharrlicher muß er gesucht werden.

Zu einem raschen Wandel der europäischen Verhältnisse wird es nicht kommen. Jede vernünftige Außenpolitik hat hier einen Zeitfaktor einzukalkulieren. Aber man wird niemandem die Erkenntnis verschweigen dürfen, daß Europa mehr ist als der versteinerte Abguß zweier Machtsphären. Es ist eine lebendige Gemeinschaft von Völkern und Staaten. Und der Wandel, den die einen herbeiwünschen und die anderen verhindern wollen, kündigt sich schon an.

Er kündigt sich im Westen an. Er kündigt sich auch im Osten an, wo der Warschauer Pakt längst nicht mehr die verschworene Gemeinschaft von Ideologen ist, wie ihn falsch beratene Propagandisten sehen wollten. Mit diesem Hinweis werden keine künstlichen Gegensätze zwischen der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten osteuropäischen Staaten konstruiert. Es wäre töricht und kurzsichtig, dazu erfolglos, wenn unsere Außenpolitik auf einen solchen Gegensatz spekulieren würde; sie wird keinen gegen einen anderen auszuspielen versuchen. Wir haben auszugehen von einer weitgehenden Übereinstimmung der Interessen zwischen der Sowjetunion und ihren Verbündeten in Osteuropa. Aber die Uniformität der stalinistischen Ära gehört der Vergangenheit an, und die Ideologie hat die nationalen Identitäten nicht ausgelöscht. Sie wird im Gegenteil von den nationalen Gegebenheiten und den Bedürfnissen der Völker zunehmend beeinflußt und verändert.

In dieser Epoche des Übergangs – und auf dem Hintergrund der deutschen Teilung – zur Sowjetunion gute Beziehungen

herzustellen, ist für die Regierung der Bundesrepublik ein schwieriges Unternehmen, das viel Geduld braucht. Wir wollen es weder an Geduld noch an gutem Willen fehlen lassen. Das sind wir Europa und unserem eigenen Land schuldig.

Im November 1967 feierte die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit unverkennbarem Stolz den 50. Jahrestag ihrer revolutionären Geburt. Ich habe dazu gesagt, es sei nicht unsere Sache, darüber zu richten, ob die großen Erfolge, die die herrschende Partei aus dem Land und für das Land gewonnen hat, nicht auch unter geringeren Opfern erreichbar gewesen wären. Auch der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der die Geschichte kennt, weiß, daß es sinnlos wäre, die Vergangenheit am Reißbrett revidieren zu wollen. Ich meine also, wir hatten Anlaß, die Völker der Sowjetunion und ihre Regierung zu ihrem imposanten Aufstieg zu beglückwünschen. Wir hatten vor allem Anlaß, das durch Hitlers verbrecherisches Abenteuerium über die Völker der Sowjetunion gekommene Leid abermals zu verurteilen. Wir hatten auch Anlaß, uns jene Zeiten ins Gedächtnis zu rufen, als Deutschland und Rußland sich gegenseitig Hilfe leisteten. Die Sowjetunion von heute wird das eine sowenig wie das andere vergessen haben. Sie trägt als Weltmacht große Verantwortung für den Frieden in der Welt, und diese Verantwortung trifft sich mit der unseren für den Frieden in Europa.

Unser demokratisches Deutschland muß und wird der Sowjetunion widerstehen, wenn und solange sie versucht, durch Druck oder andere Mittel ihre Vorstellungen von staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung zu einem Exportartikel zu machen und sich damit in die inneren Angelegenheiten anderer einzumischen. Aber unser demokratisches Deutschland kann und das deutsche Volk möchte ein auf-

richtiger Freund der Sowjetunion sein. Dabei könnte man hinzufügen, daß Größe auch Großmut zu zeigen vermag. Nicht, daß wir darum bäten, aber eine Sowjetunion, die die Lebensrechte des deutschen Volkes respektiert, hat – nicht nur, weil sie mächtig ist – das deutsche Volk nicht zu fürchten, denn das deutsche Volk braucht und will die Verständigung mit den Völkern der Sowjetunion. Und wir, die Deutschen guten Willens, also die große Mehrzahl, wollen mit dafür sorgen, daß nie wieder eine Kriegsgefahr von deutschem Boden aus entstehen kann.

Das Gesicht der Sowjetunion hat sich gewandelt in diesen fünfzig Jahren; das Gesicht Deutschlands auch. Unverändert geblieben ist die Geographie, die die Völker der Sowjetunion und Deutschlands zu indirekten, aber engen Nachbarn gemacht hat und sie Nachbarn bleiben läßt, ohne daß deshalb die Lebensrechte des polnischen Volkes beeinträchtigt werden: Wir haben deutlich erklärt, daß nach unserem Geschichtsverständnis das polnische Volk in gesicherten Grenzen leben soll.

Der deutsche Außenminister ist nicht in der Lage, zu drohen, noch entspreche dies seiner Gesinnung. Es ist nur eine Feststellung, eine Erfahrung, wenn ich sage, daß es nicht gut und nicht klug ist, ein großes Volk in der Mitte Europas unter der Spannung seiner unnatürlichen Zerrissenheit zu lassen. Ich bin Realist genug, um zu wissen, daß die staatliche Einheit des deutschen Volkes – die isolierte Verwirklichung seines Rechts auf Selbstbestimmung – heute nicht auf der Tagesordnung der praktischen Politik steht. Es gehört in den Ablauf eines historischen Prozesses, die beiden Teile Deutschlands einander näherzubringen und zusammenzufügen; und dieser Prozeß handelt von Europa. Aber man muß den Prozeß wollen, ihn ins Auge fassen und beginnen. Dies liegt im deutschen Interesse. Aber es liegt ebenso –

davon bin ich tief überzeugt – im Interesse der Sowjetunion, im Interesse aller unserer Nachbarn, an einen Frieden zu denken, der über alle Vorkehrungen hinaus sicher ist, weil niemand mehr störende Veränderungen wünscht.

Die Sowjetunion sollte wissen, daß die Freundschaft mit Deutschland, so wie die Geographie es will, für sie eine wichtige Frage ist, die sich, wenn nicht heute, so morgen, erneut stellen wird. Denn das Interesse beider Völker verlangt, einen entscheidenden Faktor der Friedenssicherung zu schaffen, einen Ausgleich, den niemand zu fürchten hat.

Die Lage ist komplexer geworden und bringt neue Probleme mit sich. Dennoch sollten wir uns daran erinnern, daß noch vor wenigen Jahren ein Zustand, wie er heute in Europa besteht, vielen als erstrebenswert galt. Das ist in der Tat ein großer Fortschritt gegenüber der Zeit des kalten Krieges und der politischen Erstarrung. Wir haben nicht viel, aber etwas mehr Bewegungsfreiheit gewonnen. Heute bestehen vielfältige Beziehungen zwischen den Staaten West- und Osteuropas. Obwohl aus mancherlei Gründen in einer schwierigeren Ausgangslage als andere, bemüht sich die deutsche Regierung mit Nachdruck um solche Beziehungen. Dabei haben wir immer wieder betont, daß wir keinen Staat isolieren wollen – auch den anderen Teil Deutschlands nicht.

Wenn wir feststellen, daß die Beziehungen zur Sowjetunion in unseren Überlegungen einen besonderen Rang haben, so entspricht dies den Realitäten und der Geschichte. Wir haben der Sowjetunion gesagt, daß wir jederzeit bereit sind, eine Erörterung aller wesentlichen Fragen unserer Beziehungen zu beginnen. Wir sind uns bewußt, daß eine solche Phase ernsthafter Gespräche Zeit braucht. Wir haben uns auch bereit erklärt, die schneller lösbaren Fragen zuerst zu behandeln, zum Beispiel: Wiederaufnahme von Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsabkommens, Förderung

der Kulturbeziehungen, Abmachungen über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit – auch auf dem Gebiet der Verwendung von Kernenergie für friedliche Zwecke –, Einrichtung einer direkten Luftverbindung Frankfurt–Moskau.

Die Regierung der Sowjetunion weiß, daß wir zum Austausch von Gewaltverzichts-Erklärungen bereit sind. Selbstverständlich wollen wir uns keiner Frage entziehen, an deren Erörterung der Sowjetunion liegt. Zu einigen Fragen von gemeinsamem Interesse ist das Gespräch in Gang gekommen. Aber noch kann man nicht wissen, wie weit es führen wird. Zunächst deutet nichts darauf hin, daß eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen bevorsteht.

Ich weiß, die Regierung der Sowjetunion will bis auf weiteres nicht über die Einheit Deutschlands sprechen. Aber ich denke, sie will über den Frieden in Europa sprechen. Das wollen wir auch. Die Meinungen mögen im einzelnen noch beträchtlich auseinandergehen. Aber niemand, der sich die Mühe der Auseinandersetzung mit uns macht, wird den billigen Vorwurf aufrechterhalten können, wir seien Militaristen und Revanchisten. In Wirklichkeit weiß jeder, daß wir auch die DDR und die Problematik der deutschen Teilung in unseren Gewaltverzicht einbeziehen.

Sobald sich die Möglichkeit von – auch noch so schwierigen – Diskussionen mit der Sowjetunion abzeichnet, zeigen sich Probleme auch im Westen. Die geheimnisumwitterte Atmosphäre, die Rapallo zu einem Begriff und zu einem Alptraum westlicher Staatsmänner werden ließ, war und ist offenbar bis heute schwer ausrottbar. Jener Vertrag beendete bekanntlich von uns aus den Kriegszustand mit Rußland. Er vereinbarte eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Meistbegünstigung und sprach einen gegenseitigen Verzicht auf Kriegsentschädigungen aus. Viele, die über Rapallo reden, wissen das nicht. Der Inhalt des Vertrages zeigt im Vergleich

zur heutigen Lage seine Unwiederholbarkeit, auch über das hinaus, was mit den grundlegenden Veränderungen in der Welt zusammenhängt. Sein innerer Gehalt, nämlich die Herstellung eines normalen und – wenn möglich – freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und der Sowjetunion, bleibt eine Aufgabe, die weder durch einen Husarenritt noch eine Blitzreise gelöst werden kann. Sie verlangt Beharrlichkeit, intensive und stille Arbeit, aber auch die Bereitschaft der Sowjetunion, die Möglichkeiten eines solchen Weges mit uns zu untersuchen.

Leonid Breschnew meinte im Frühjahr 1967 bei einem Besuch in Ost-Berlin, in ihrer ausgestreckten Hand habe die Bundesregierung einen großen Stein versteckt. Das war ein anschauliches, aber falsches Bild. Aus der politischen Steinzeit sind wir zum Glück heraus. Es gibt auch sonst keine tückischen Instrumente in unserer Hand. Der Parteichef der Sowjetunion hat nicht konkret gesagt, wodurch und womit die Bundesrepublik ihre Nachbarn bedroht. Sie ist bereit, feierlich gegenüber jedermann auf Gewalt zu verzichten. Sie will aktiv und konstruktiv mitwirken, wo immer es darum geht, der Entspannung und Abrüstung zu dienen.

Die Belastungen durch die Vergangenheit sind mir wohl bewußt. Aber ich kann es nicht hinnehmen, wenn versucht wird, die Bundesrepublik in eine Ecke zu drängen, in die sie nicht gehört. Das deutsche Volk und die Bundesregierung wollen den Frieden. Ich meine, die Regierungsverantwortung der deutschen Sozialdemokraten bietet eine zusätzliche Garantie. Diese Partei hat niemals zum Krieg gehetzt, und sie hat niemals die Menschenrechte mit Füßen getreten. Die SPD hat natürlich auch nicht immer recht gehabt. Aber sie hat ihre politischen und sittlichen Prinzipien nie aufgegeben und wird dies auch in Zukunft nicht tun, weder außerhalb noch innerhalb der Regierung.

Die Regierung der UdSSR hat 1967 mehrfach auf die angeblich mit der deutschen Politik verbundenen Gefahren des Militarismus und des Neonazismus hingewiesen. Auf eine entsprechende Erklärung vom 8. Dezember 1967 antwortete die Bundesregierung am 22. Dezember, sie sei der Auffassung, daß es den Bemühungen um Verständigung und Entspannung nicht dienlich sei, eine gegenseitige Polemik zu entfalten:

»Die Bundesregierung hat es vorgezogen, der Sowjetregierung im Juni 1967 Gespräche über alle beiderseits interessierenden Fragen vorzuschlagen. Dazu gehörte übrigens auch die von der Bundesregierung erbetene Unterstützung durch die Sowjetregierung bei der Verfolgung von Nazi-Verbrechen.

Die Bundesregierung hatte gehofft, daß die Sowjetregierung dieser Initiative durch die Bereitschaft zu konstruktiven Gesprächen entsprechen würde. Die Bundesregierung bedauert daher die neue sowjetische Regierungserklärung, die mit ihrem drohenden Ton im internationalen Verkehr ungewöhnlich ist.

Insbesondere zeichnet die Erklärung ein völlig verzerrtes Bild der deutschen Innenpolitik wie auch der in aller Welt bekannten Politik der Bundesregierung, ihre Ziele nur mit friedlichen Mitteln zu verfolgen. Die erklärte Bereitschaft der Bundesregierung, mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten Erklärungen über den Gewaltverzicht auszutauschen, ist ein Beweis für diese Haltung.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland weist die Erklärung der Sowjetregierung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten und als Entstellung ihrer Außenpolitik entschieden zurück.

Die Ausführungen der sowjetischen Erklärung sind um so unverständlicher, als in der gleichen Erklärung zutreffend

festgestellt wird, daß die Anschauungen und Stimmungen der Mehrheit der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Deutschen keineswegs mit denen »eingefleischter Revanchisten und Neonazis« zu identifizieren seien. Diese überwältigende Mehrheit ist es, die durch die Parteien des Deutschen Bundestages vertreten wird. Diese Mehrheit ist es, deren Willen die Friedenspolitik der Bundesregierung trägt.

Das deutsche Volk und seine verfassungsmäßigen Organe werden die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen wissen. Die Bundesregierung hofft, daß die Sowjetunion ihren Teil dazu beitragen wird, daß das deutsche Volk auf friedlichem Wege seine Einheit wiedergewinnt und seinen Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung leisten kann.«

Nun ist allerdings danach zu fragen, ob die Schwierigkeiten, die der Bundesregierung durch die Sowjetunion bereitet wurden, uns überraschten oder ob wir sie vorausgesehen haben. Ich habe keinen Augenblick an eine rasche Verbesserung des Verhältnisses zu Moskau geglaubt. Allerdings habe ich auch nicht erwartet, daß die Regierung der UdSSR in dem Maße, in dem es geschehen ist, sich der feindlichen Haltung Ost-Berlins gegenüber der Regierung der Großen Koalition anschließen würde. Im Dezember 1966 war beispielsweise noch nicht zu erkennen, daß Moskau die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten so behindern würde, wie es dann der Fall war. Manches spricht dafür, daß die übersteigerte Polemik geradezu als Instrument des Zusammenhalts im Warschauer Pakt dienen mußte – übrigens nicht mit vollem Erfolg. Es liegt auch nahe, an einen Zusammenhang mit Vorgängen in anderen Teilen der Welt zu denken, vor allem in Vietnam.

Wir haben uns weder durch Querschüsse von außen noch

durch Unverstand im eigenen Land davon abbringen lassen, den sachlichen Dialog mit der Sowjetunion zu suchen. Darin lasse ich mich nicht beirren, und ich werde mich auch nicht davon abbringen lassen, ein mühsam begonnenes Gespräch zielstrebig und nach Möglichkeit intensiv fortzuführen. Man muß wissen, daß große Fortschritte nicht rasch zu erzielen sind. Dafür muß das Feld vorbereitet werden, und dazu bedarf es günstiger Umstände und längerer Fristen.

Es bleibt unser aufrichtiger Wunsch, durch praktische Zusammenarbeit und politischen Meinungs-austausch eine Verständigung mit der Sowjetunion herbeizuführen.

Entspannungspolitik: Reparatur der Brücke zwischen Ost- und Westeuropa

Der Ausgleich mit den östlichen Nachbarn ist eine vorrangige Aufgabe der deutschen Außenpolitik. Wir wollen das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, die den gleichen Wunsch haben, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens verbessern und, wo immer dies nach den Umständen möglich ist, auch diplomatische Beziehungen zu ihnen aufnehmen.

Dabei wissen wir: Ein umfassender Ausgleich wird erst zu erreichen sein, wenn West und Ost sich über die Grundlagen einer dauerhaften Friedensordnung für unseren Kontinent verständigen. Diesem Ziel können wir in einem langwierigen Prozeß der Entspannung nur schrittweise näherkommen, das heißt durch gegenseitige Annäherung, Verständigung und Zusammenarbeit in allen Bereichen der zwischenstaatlichen Beziehungen. Die Herstellung diplomatischer Beziehungen ist ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles, nicht Selbstzweck.

Unsere Osteuropa-Politik ist – das muß immer wieder hervorgehoben werden – von der Gestaltung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion nicht zu trennen. Die Entwicklung unserer Beziehungen zu den anderen Ländern Osteuropas soll die Entwicklung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion ergänzen, nicht ihr zuwiderlaufen. Auch der innerdeutsche Ausgleich steht in engem Zusammenhang mit unserer Ost-

europa-Politik. Wir haben deutlich gemacht, daß unsere Entspannungsbereitschaft die DDR einschließt. Mit einer Aufgabe vitaler Interessen hat dies nichts zu tun.

Erstes Ziel unserer Osteuropa-Politik ist, Vertrauen zu wecken und Mißtrauen zu beseitigen. Wie einst im Westen müssen wir jetzt, unter schwierigeren Voraussetzungen, auch im Osten Hypotheken der Vergangenheit abtragen. Die deutsche Ostpolitik will, ausgehend von den heutigen Gegebenheiten, die Trennung in Europa überwinden helfen. Sie ist deshalb besonders darauf bedacht, die Friedlichkeit ihrer Mittel und Ziele zu beweisen. Gewaltverzichts-Erklärungen können dazu beitragen.

Im Januar 1967 haben wir anläßlich des Besuchs von Außenminister Manescu diplomatische Beziehungen zu Rumänien aufgenommen. Um die gleiche Zeit ist es Ost-Berlin und Warschau, unterstützt von Moskau, gelungen, unsere Gespräche über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu anderen osteuropäischen Staaten zu erschweren. Der Abschluß der Freundschaftsverträge Ost-Berlins mit Polen, der ČSSR, Ungarn und Bulgarien versperrt zwar nicht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu uns, bedeutet aber eine Verzögerung des Ablaufs der Normalisierung.

Die deutsche Osteuropa-Politik weist zu Beginn des Jahres 1968 trotzdem eine positive Bilanz auf. Nach dem Austausch von Handelsvertretungen mit der Tschechoslowakei sind wir jetzt – Albanien ausgenommen – in allen osteuropäischen Staaten präsent. Wir sind dort der wichtigste westliche Handelspartner; dabei sind noch nicht alle Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit ausgeschöpft. Der Kulturaustausch mit den meisten östlichen Nachbarstaaten wächst.

In diesem Zusammenhang möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß die Bundesrepublik weitaus mehr osteuro-

päische Literatur publiziert als jedes andere westliche Land. In mehreren Hauptstädten besteht, wie wir wissen, grundsätzlich der Wunsch zum politischen Gespräch und die Bereitschaft, die Beziehungen nicht nur zu normalisieren, sondern auch inhaltlich zu verbessern.

Vor allem in Ost-Berlin, Warschau und Moskau wird versucht, weitere Fortschritte der Bundesrepublik Deutschland zu hemmen, indem man Vorbedingungen aufstellt. Der Einfluß Ost-Berlins und seine Möglichkeiten, unserer Politik entgegenzuwirken, sind nicht zu übersehen. Das Bedürfnis der gesprächsbereiten osteuropäischen Staaten nach größerer Bewegungsfreiheit gegenüber dem Westen, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, liegt im Widerstreit mit wirtschaftlichen und militärischen Bindungen. Die gemeinsame Ideologie und der Selbsterhaltungswille der kommunistischen Regierungen sind ein Band, das durch die Freundschaftsverträge der DDR mit Polen, der ČSSR, Ungarn und Bulgarien noch verstärkt wird. Ost-Berlin scheint auch mit dem Argument eine gewisse Wirkung erzielt zu haben, unsere Osteuropa-Politik ziele auf seine Isolierung.

Wenn ich Anfang 1968 trotzdem von einer positiven Zwischenbilanz spreche, so meine ich folgendes: Erstens haben wir für unsere Politik viel Zustimmung im Westen und in der Dritten Welt gefunden. Zweitens sind einige tatsächliche Fortschritte erzielt worden. Drittens läßt sich ohne Zögern sagen, daß es zwar Rückschläge geben kann, daß die Entwicklung aber insgesamt in Richtung auf vermehrte Kontakte und verbesserte Beziehungen verlaufen wird.

Als ein wichtiges Ergebnis unserer Bemühungen und der Unterstützung unserer Freunde kann man feststellen: Niemand ist mehr glaubwürdig, der behauptet, die Bundesrepublik Deutschland sei ein Störenfried oder ein Hindernis der Entspannung. Hier haben wir es mit einer echten Klima-

veränderung zu tun. Die Vorwürfe, die Bundesregierung bereite eine Aggression vor, sie sei imperialistisch, sie gefährde den Frieden – und was es dergleichen noch gibt –, diese Vorwürfe gehen ins Leere. Wer sie steigert, wird dadurch nur noch unglaubwürdiger.

Im übrigen haben wir nie gemeint, wir könnten aktive Ostpolitik und erfolgreiche Entspannungspolitik um den Preis einer Entfremdung im Westen betreiben. Wer in der Außenpolitik in den Kategorien des Pendelschlags denkt, mißverstet ohnehin deren Gesetze und – in unserem Fall – die Lage Deutschlands. Es war immer falsch, die Entscheidung der Bundesrepublik für westliche Demokratie als eine Entscheidung gegen Mittel- und Osteuropa zu interpretieren. In diesem Zusammenhang habe ich gesagt: Es gibt für mich in der Außenpolitik keine Hätschelkinder nach Himmelsrichtungen, keine Lieblings- oder Stiefkinder, sondern vitale Interessen für Staat und Nation, vor allem aber für die Sicherung des Friedens. Dazu beizutragen, haben uns die westlichen Verbündeten in den vergangenen Jahren – mit Recht – immer wieder aufgefordert.

An dieser Stelle möchte ich denjenigen meiner europäischen Kollegen danken, die bei ihren Gesprächen mit den osteuropäischen Regierungen in so verständnisvoller Weise unsere Bemühungen unterstützt haben, das Verhältnis zu diesen Ländern auf eine neue Grundlage zu stellen. Ich denke hier an die Außenminister der skandinavischen Länder und der Beneluxstaaten, nicht minder an die Unterstützung des französischen, des britischen, des italienischen, des türkischen Außenministers. Wir sind zuversichtlich, daß die Erläuterung unserer Friedens- und Entspannungspolitik durch die Repräsentanten der mit uns befreundeten Staaten dazu beiträgt, das Verständnis für unser ehrliches Bemühen in den osteuropäischen Hauptstädten zu vertiefen.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sozialistischen Volksrepublik Rumänien war ein wichtiger Schritt. Es fehlte nicht an kritischen Stimmen. Die rumänische Führung mußte einiges über sich ergehen lassen. Bei uns meinten einige, alles sei vorbereitet und geklärt gewesen, ohne allerdings zu erklären, warum es dann nicht auch vor uns gemacht worden war. Andere sprachen von einem Fehlschlag der deutschen Ostpolitik, weil Rumänien ein Einzelfall geblieben sei. Sie schienen in Verkennung der tatsächlichen Lage eine Art Kettenreaktion erwartet zu haben und wunderten sich, daß sie ausblieb. Das Bemühen um verbesserte Beziehungen zu den östlichen Nachbarn war jedoch keine Laune des Augenblicks, sondern eine neue Konstante unserer Außenpolitik. Es wäre falsch, das Begreifen dieser langfristige angelegte Politik durch das Auf und Ab tagespolitischer Hemmnisse verwirren zu lassen. Deshalb war meine Antwort auf diesen Teil der Kritik: Wer Jahre gewartet hat, wird sich noch eine Weile gedulden können. Wir haben von vornherein mit längeren Fristen gerechnet. Wir setzen niemanden unter Druck, und wir lassen uns selbst nicht unter Druck setzen. Wir haben Geduld und Zuversicht, Fähigkeit zum Handeln und einen langen Atem.

Nachdem im Sommer 1967 mit Rumänien Botschafter ausgetauscht worden waren, wurde Anfang August ein deutsch-rumänisches Abkommen über die Zusammenarbeit im technisch-wissenschaftlichen Bereich unterzeichnet. Verhandlungen über eine Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen folgten. Die Gespräche, die ich selbst im August 1967 in Bukarest und am Schwarzen Meer – dort mit dem Parteichef Ceaucescu, der inzwischen auch Staatspräsident geworden ist – geführt habe, leiteten einen freimütigen politischen Dialog ein, der auch anderen Völkern zugute kommen kann.

Dies ist ein Beispiel für eine wirklichkeitsnahe Zusammenarbeit, die über unterschiedliche politische Auffassungen hinweg tragfähige Brücken schlägt.

Auf dem Wege zu einer europäischen Zusammenarbeit über den Ost-West-Gegensatz hinaus waren im Sommer 1967 auch die Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr und über den Austausch von Handelsvertretungen zwischen der ČSSR und der Bundesrepublik Deutschland ein sachliches Zwischenergebnis von mehr als tagespolitischer Bedeutung. Die Aufnahme dieser amtlichen Beziehungen war besonders wichtig, weil die Tschechoslowakische Sozialistische Republik und die Bundesrepublik Deutschland unmittelbare Nachbarn sind.

Durch den Austausch der mit konsularischen Befugnissen ausgestatteten Missionen wurde im Februar 1968 die noch vorhandene Lücke im Netz der zwischen den Staaten Osteuropas und der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Handelsvertretungen geschlossen. Zum anderen war die Übereinkunft ein Ansatz zu weitergehenden Vereinbarungen, die sicherlich zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten führen werden.

Die diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik zu Jugoslawien waren Ende 1957 abgebrochen worden, weil Belgrad die DDR anerkannt hatte. Die jetzige Bundesregierung erklärte, daß ihr daran gelegen sei, die diplomatischen Beziehungen wiederherzustellen. Wir waren uns über die besondere bündnisfreie Stellung des kommunistisch regierten Jugoslawien durchaus im klaren. Wir glaubten um die Bedingungen zu wissen, unter denen es sein jahrelang gespanntes Verhältnis zur Sowjetunion wieder normalisiert hatte. Vor allem aber ging es darum, mit diesem wichtigen indirekten Nachbarn und einflußreichen Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft in der Entspannungspolitik, in

der Perspektive einer europäischen Friedensordnung zusammenwirken zu können.

Die tatsächlichen – ökonomischen, kulturellen, touristischen – Verbindungen hatten in der Zeit, in der es keine Botschafter gab, erstaunlich wenig Schaden gelitten. Aber es gab auf beiden Seiten ein Interesse daran, das Vorhandene zu verbessern. Und da weder die eine noch die andere Seite Vorbedingungen stellte, bereitete es Anfang 1968 keine nennenswerten Schwierigkeiten, die diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad nach zehnjähriger Unterbrechung wiederaufzunehmen. Der Botschafteraustausch war für keine Seite ein Grund zum Triumphieren, aber es war mehr als nur ein ermutigendes Zeichen. Das innerdeutsche Echo zeigte, daß unsere Bevölkerung wenig von Dogmen und Formeln hält, die Motivierungen für eine Politik von begrenzter Dauer waren, Befehle, die der Entwicklung nicht standhalten konnten.

Wir haben den Eindruck, daß den Regierungen Ungarns und Bulgariens – ebenso wie der ČSSR – an der Normalisierung, also an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, gelegen war. Sie hielten es jedoch für richtig oder opportun, auf die Forderungen Ost-Berlins und anderer Rücksicht zu nehmen. Wir haben das respektiert und deutlich gemacht, daß wir in der Zwischenzeit daran mitwirken wollen, die tatsächlichen Beziehungen im Rahmen des Möglichen zu verbessern.

Das offizielle Polen hat gegenüber unserer Entspannungspolitik eine Haltung eingenommen, die unversöhnlich schien. Obgleich die Bundesregierung den Versöhnungswillen stark betonte, schien die Regierung in Warschau an einem Gespräch vorerst nicht interessiert zu sein. Dabei will ich nicht verhehlen, daß mir Unter- und Zwischentöne keineswegs entgangen sind.

Trotzdem finde ich es bedauerlich, daß die deutsch-polni-

schen Beziehungen noch nicht verbessert werden konnten. Unser erklärtes Verständnis für den Wunsch des polnischen Volkes, in gesicherten Grenzen zu leben, ist vom Aussöhnungswillen diktiert. Wir haben ebenso ehrlich gesagt, daß unserer Lage nach nur in einem Friedensvertrag über die Grenzfragen entschieden werden kann. Nach unserer Meinung gibt es jedoch keinen vernünftigen Grund, der einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen und einem ernsthaften deutsch-polnischen Gespräch über die Zukunft im Wege stehen könnte.

Ich will hier meine klare Überzeugung bekräftigen: Die Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen wird einmal den gleichen geschichtlichen Rang haben wie die deutsch-französische Freundschaft.

Das Interesse der osteuropäischen Staaten an einer Zusammenarbeit mit uns beruht zu einem nicht geringen Teil auf dem Wunsch, wirtschaftlich voranzukommen und an der westlichen Technologie teilzuhaben. Die Wirtschaft bleibt daher auf absehbare Zeit ein besonders wichtiges Element unserer Osteuropa-Politik. Wir möchten den Wirtschaftsaustausch mit den osteuropäischen Staaten erweitern und, soweit möglich, einen Ausgleich zwischen Aus- und Einfuhren herbeiführen. Dazu bedarf es auch einer liberalen Osthandelspolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wo aus strukturellen Gründen ein Ausgleich der Handelsbilanzen selbst bei erweiterter Liberalisierung nicht möglich ist, wird die Gewährung langfristiger Kredite zu erwägen sein. Wenn wir auch die Aussichten der ›Kooperation‹ nüchtern beurteilen als einige osteuropäische Regierungen, die damit übersteigerte Erwartungen verbinden, so sollten wir doch solche Projekte unvoreingenommen durchdenken und konstruktive Lösungen entwickeln.

Der Kulturaustausch nützt, vor allem wo er zu menschlichen

und wissenschaftlichen Begegnungen führt, allen beteiligten Staaten. Wir müssen uns allerdings bewußt sein, daß die Möglichkeiten, sich selber darzustellen und sich zu unterrichten, in Deutschland und in Osteuropa ungleich sind. Eigene kulturelle Vorhaben, durch die wir in Osteuropa aufklärend wirken können, sind wichtig und wünschenswert. Auf politische Kontakte drängen wir nicht, aber wir nutzen sie, wo sich die Gelegenheit bietet. Die Neigung zu solchen Kontakten wird in Osteuropa in dem Maße zunehmen, wie sich die Einsicht durchsetzt, daß die Bundesrepublik Deutschland aus dem Entspannungsprozeß in Europa nicht ausgeklammert werden kann. Wir müssen also geduldig, mit Takt und Nüchternheit auf sachliche Fortschritte hinarbeiten.

Entspannung ist nicht möglich, wenn nur eine Seite bereit ist, die Spannungen zu beseitigen. Wir haben praktische und konkrete Vorschläge gemacht. Die atlantische Allianz unterstützt uns dabei, denn auch sie tritt, ohne ihre Sicherheitsaufgaben zu vernachlässigen, für eine Normalisierung des Verhältnisses zur Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten ein. Diese Bundesregierung treibt eine unmißverständliche, konsequente Politik:

Sie hat klipp und klar gesagt, daß sie das Verlangen des polnischen Volkes, in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, wohl versteht und die Aussöhnung mit Polen für einen wichtigen Teil der europäischen Friedensordnung hält.

Diese Regierung hat auch deutlich gesagt: Das Münchner Abkommen ist unter Androhung von Gewalt zustande gekommen; es ist nicht mehr gültig.

Diese Regierung hat glaubhaft gemacht, daß die Bundesrepublik Deutschland keinen Besitz von Atomwaffen und keine Verfügungsgewalt über solche Waffen anstrebt.

Diese Regierung ist nicht doppelzüngig, sie spricht an verschiedenen Orten die gleiche Sprache.

In unserer Volke weiß man genau, daß wir den wirklichen Ausgleich erst erlangen werden, wenn Frieden, Verständigung, Zusammenarbeit, Aussöhnung – ja eines Tages hoffentlich auch Freundschaft – herrschen werden, nicht nur im Westen, sondern auch in der anderen Himmelsrichtung, zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Osten.

Ich weiß, wie mühsam der Weg dorthin sein wird, aber ich bin fest davon überzeugt, daß wir weiterkommen werden. Unsere Ostpolitik hat sich nicht festgefahren; sie steht auch nicht unter dem, was man mit dem schrecklichen Wort Erfolgswang belegt hat. Die Völker und die Regierungen Osteuropas sollten wissen, daß die deutsche Regierung verantwortungslos handelte, wenn sie mehr zusagte und mehr verspräche, als sie vor dem eigenen Volk vertreten und vor der Zukunft halten kann. Wenn man aber aus Osteuropa hört, neue Töne kämen wohl nur vom Außenminister der Bundesrepublik, dann liegt mir daran festzustellen: Das, wovon ich spreche, ist die Meinung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers, der zugleich Außenminister ist; es ist die Politik der Bundesregierung.

In der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 haben wir festgestellt: Wir bieten jedem der Staaten in Osteuropa einschließlich der Sowjetunion den Austausch von feierlichen Gewaltverzichts-Erklärungen an. Auf die DDR und auf den Warschauer Pakt bezogen, fügen wir hinzu: Wir sind bereit, die Problematik des geteilten Deutschlands einzubeziehen.

Die Regierenden im anderen Teil Deutschlands haben sich gegenüber den ersten Monaten des Jahres 1966 einen bösen Rückfall erlaubt. Damals meinte man, es sei möglich, für die Bürger der DDR und ihre Bindungen zu uns mindestens

humanitäre Erleichterungen erreichen zu können. Als Regierender Bürgermeister habe ich um die bescheidenen Passierscheine kämpfen müssen – nicht nur mit den Kommunisten im Osten, sondern auch mit dem Unverstand im Westen. Dieses Kräfteverschleißes bedurfte es jetzt nicht mehr, aber die Ostberliner Führungsgruppe hatte sich inzwischen zu einer möglichst kompletten Isolierung entschlossen. Ich bin jedoch sicher: Ulbricht und seine Leute werden ihre Politik der Querköpfigkeit, der Sabotage und des Herumlamentierens nicht durchhalten. In den osteuropäischen Staaten und im anderen Teil Deutschlands wird in den Jahren, die vor uns liegen, der Drang zum Austausch immer größer werden: von der Wissenschaft, von der Wirtschaft, von der Technologie her. Wer sich abkapselt, wer sich selbst isoliert, der stellt sich gegen den Strom der Zeit.

Es gibt Zeichen, die uns ermutigen. Aber es gibt andererseits das fortwährende Bestreben führender Kreise – vor allem, aber nicht nur in Ost-Berlin –, ihre Bundesgenossen auf eine Politik festzulegen, deren Ziel es ist, eine Entspannung im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland zu verhindern oder zumindest zu erschweren. Diese Kreise zielen weit. Sie wollen, daß die NATO aufgelöst wird und die Amerikaner aus Europa verschwinden. Man darf die Möglichkeit nicht ausschließen, daß dieser politische Kurs im kommunistisch regierten Teil Europas durchgesetzt wird – wobei allerdings offenbleibt, für wie lange.

Mit Widerständen gegen eine Aktivierung unserer Osteuropa-Politik mußten wir von vornherein rechnen. Daß solche Widerstände vor allem aus Ost-Berlin kamen, war auch nicht verwunderlich. Wir erlebten eine rege diplomatische und propagandistische Tätigkeit. Es wurde versucht, Meinungsverschiedenheiten unter den kommunistischen Staaten über die deutsche Entspannungspolitik zu über-

brücken. Man sanktionierte die rumänische Auslegung der Bukarester Erklärung vom Juli 1966, wonach »Formalisierung« nicht gleichbedeutend sei mit »Normalisierung« der Beziehungen. Gleichzeitig konzipierte man die Freundschaftsverträge, die dann zwischen Ost-Berlin und Prag, Warschau, Budapest und Sofia geschlossen wurden. Ihr wesentlicher Zweck schien ein als notwendig empfundener Solidaritätsbeweis gegenüber dem kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands zu sein. Damit wurde die bisher fehlende Einbeziehung der DDR in das bilaterale Vertragsnetz des Warschauer Pakts nachgeholt. Wieweit sich die osteuropäischen Staaten in ihrer Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland durch die Verträge binden lassen, bleibt allerdings ihrer Interpretation und damit ihrem politischen Willen überlassen.

Die Bundesregierung wird sich nicht hindern lassen, in ihren Bemühungen um geregelte und normale Beziehungen zu den Staaten Osteuropas fortzufahren. Ich sehe in den negativen Reaktionen, mit denen wir uns auseinanderzusetzen hatten, kein letztes Wort. Im Ostblock, auch in der Sowjetunion selbst, gibt es genügend führende Köpfe, die wissen, daß die uns gemeinsam berührenden Probleme nicht mit schroffen Erklärungen aus der Welt zu schaffen sind. Im Februar 1967 habe ich in der Berliner Deutschlandhalle von dem Tag gesprochen, an dem niemand mehr sich darüber wundern werde, wenn nicht nur zwischen den unmittelbaren Nachbarn, sondern auch zwischen Deutschland und der Sowjetunion Zusammenarbeit, Vertrauen und sogar Freundschaft entstanden sein würden. Damals meinten einige, diese Bemerkung enthalte etwas gänzlich Neues. In Wirklichkeit ging und geht es um nichts anderes als darum, daß die Bundesregierung – und mit ihr die erdrückende Mehrheit unseres Volkes – gute und freundschaftliche

Beziehungen zu allen Völkern wünscht. Es ist nützlich und notwendig, das von Zeit zu Zeit zu wiederholen.

Wir werden ein Stadium erreichen, in dem es noch offensichtlicher sein wird, als es heute schon ist, daß es vom guten Willen der Führungen in den östlichen Machtzentren abhängt – und nicht von der Haltung der Bundesregierung –, ob durch praktische Fortschritte, durch Verträge, Abkommen oder Übereinkünfte die Entspannung in Europa voran gebracht werden kann. Daß die Bundesregierung dazu bereit ist, daß sie bereit ist, sich beim Wort nehmen zu lassen, ist eine Realität.

Ich bin nicht gewillt, mich von dem als richtig erkannten Weg abbringen zu lassen, auch nicht durch Rückschläge und Enttäuschungen. Am Ziel der Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn müssen wir festhalten, denn sonst gibt es keinen dauerhaften Frieden. Dabei darf man die innerdeutschen Beziehungen, das Verhältnis zu Ost-Berlin nicht isoliert betrachten. In Wirklichkeit geht es in unserer Ostpolitik in dreifachem Sinne um verbesserte Beziehungen zur Sowjetunion, normale Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und einen Modus vivendi zwischen den Teilen Deutschlands. Und das vollzieht sich oder vollzieht sich noch nicht, wird gefördert oder gefährdet durch die gesamteuropäischen und weltweiten Entwicklungen.

Die Frage nach der Zukunft Deutschlands und nach der Stellung der Deutschen in Europa ist die Frage nach einer dauerhaften europäischen Friedensordnung. Nur in einem friedlich geordneten Europa, das den Brückenschlag zwischen West und Ost vollbracht hat und in dem die Völker als Gleiche unter Gleichen miteinander um Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle wetteifern, kann die Vergangenheit positiv überwunden werden.

Die Politik der deutschen Regierung beruht auf der Erwar-

tung und der Hoffnung, daß wir unter gegenseitiger Achtung der verschiedenen Ordnungen und des Prinzips der Nichteinmischung eine Basis gemeinsamer Interessen in Europa schaffen können. Die geographische Lage, in der das deutsche Volk lebt, weist ihm dafür eine besondere Verantwortung zu. Deutschland war über Jahrhunderte hinweg eine Brücke zwischen West und Ost. Wir wollen uns bemühen, die gesprengte Brücke neu und besser, tragfähig und zuverlässig zu bauen. Die damit verbundenen vielfältigen Aufgaben können nur in engem und vertrauensvollem Zusammenwirken mit unseren Freunden und Nachbarn gelöst werden.

In den Jahren vor Bildung der jetzigen Regierung wurde Bonn von den Verbündeten zu einem weniger doktrinären und mehr selbstbewußten Verhalten ermuntert. Heute kann ich sagen: Auf dem Kurs unserer illusionslosen, konsequenten Entspannungspolitik werden wir uns nicht beirren lassen.

Perspektiven unserer Ostpolitik

Unsere Außenpolitik gegenüber Osteuropa vollzieht sich – wie dargelegt wurde – in zwei eng miteinander zusammenhängenden Bereichen. Sie umfaßt sowohl unser Verhältnis zur Sowjetunion wie unser Verhältnis zu den östlich und südöstlich Deutschlands gelegenen europäischen Staaten, die mit der Sowjetunion verbunden sind.

Wenn man diesen Teil unserer Außenpolitik als Ostpolitik bezeichnet, so sollte man auf die Relativität dieses Begriffs hinweisen. Staaten wie Polen und die Tschechoslowakei liegen zwar östlich Deutschlands, sie haben jedoch gute geographische, historische und kulturelle Gründe, sich als Teil Mitteleuropas, etwa als Ost-Mitteleuropa, zu verstehen.

Von einer mit dieser Einschränkung als Ostpolitik zu verstehenden Außenpolitik ist – wie ebenfalls entwickelt wurde – ein dritter Bereich nicht zu trennen: das Verhältnis zum anderen Teil Deutschlands. Hier geht es nicht um Außenpolitik im eigentlichen Sinne des Wortes, denn die beiden deutschen Teile sind im Verhältnis zueinander nicht Ausland. Das Regime in Ost-Berlin ist jedoch mit der Staatengruppe, deren Führungsmacht die Sowjetunion ist, so eng verzahnt, daß eine Ostpolitik unter Außerachtlassung der deutschen Fragen nicht realistisch wäre.

In allen drei Bereichen ist unser Ziel das gleiche: Sicherung des Friedens, Abbau von Spannungen, Verbesserung der

Beziehungen, vorbereitende Beiträge zu einer europäischen Friedensordnung. In der Beschäftigung mit dieser Zielsetzung haben sich vor allem seit der Bildung der von den beiden großen demokratischen Parteien getragenen Bundesregierung Wandlungen vollzogen, die nicht nur gradueller oder formeller Natur sind. Die Perspektiven dieser Politik möchte ich hier, unbeschadet einiger Wiederholungen, noch einmal darlegen. Ich lehne mich dabei an einen Aufsatz an, der für die März-Ausgabe 1968 der Zeitschrift ›Foreign Affairs‹ geschrieben wurde:

Im Osten wird häufig gesagt, unsere Politik sei eine Nebelwand, hinter der wir um so unerbittlicher an der ›Negierung der Realitäten‹, an der ›Politik der Stärke‹, am Streben nach Atomwaffen und am kalten Krieg festhielten. Diese Ansicht ist falsch. Gewiß gibt es einige Grundlagen in unserer Politik wie in der eines jeden Staates, die sich nicht ändern lassen. Auch in der Lage Deutschlands gibt es die unverzichtbare Substanz einer Politik der realen Gegebenheiten, der vitalen Erfordernisse des eigenen Volkes und einer künftigen soliden Friedensordnung. An ihnen werden wir natürlich festhalten, und zwar nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse unserer Verbündeten und Freunde und im Interesse der Ordnungsprinzipien, die nach unserer Überzeugung in der internationalen Politik Geltung erlangen müssen. Dies hat jedoch nichts mit den erwähnten Vorwürfen zu tun, die in der Propaganda des Ostens gegen uns erhoben werden.

Eine Realität ist die Teilung Europas und die Zuordnung der Teile zu den beiden hochgerüsteten Machtblöcken. Diese Teilung verläuft mitten durch den Kontinent und spaltet Deutschland. Durch sie wird der eine Teil Deutschlands in das westliche Lager, der andere Teil in das östliche Lager einbezogen. Auch dies ist eine politische Realität, allerdings

eine gefährliche. Sie ist auch künstlich und ungerecht, denn sie gestattet einem Volk nicht, als eine Nation in einer staatlichen Ordnung zu leben, die ihrem Willen entspricht. Wir wissen jedoch, daß diese Teilung nicht von einem auf den anderen Tag verschwinden wird und daß sie aller Voraussicht nach nur im Zusammenhang mit einer allgemeinen Verbesserung der Ost-West-Beziehungen in Europa wird überwunden werden können. Wir müssen also nicht nur diesen Zeitfaktor in unsere Politik einbeziehen, sondern auch vermehrte Mühe darauf verwenden, für ein Nebeneinander beider Teile Regeln zu finden.

Dabei lehnen wir eine deutsche Politik ab, die den Zusammenhalt des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses verringern oder die maßgebliche Beteiligung der USA an der Sicherung der Freiheit Europas einschränken würde. Wir sind im Gegenteil der Überzeugung, daß wir unser Verhältnis zu unseren Verbündeten verbessern, wenn wir uns illusionslos auf die Realitäten einstellen und dabei jeden Schatten der Zweideutigkeit vermeiden. Gegenüber der Sowjetunion, die zusammen mit ihren Verbündeten über die Hälfte des europäischen Kontinents ausfüllt, ist zudem eine solide und dauerhafte Entspannung gar nicht möglich, solange die Präsenz und die aktive Teilnahme der anderen Weltmacht Amerika kein Gleichgewicht der Kräfte bewirkt. Ein solches Engagement wird auch für eine europäische Friedensordnung unerläßlich sein.

Im Rahmen dieser Gegebenheiten, zu denen der wachsende Zusammenschluß innerhalb der Europäischen Gemeinschaften gehört, sind jedoch wichtige Änderungen zu verzeichnen. Sie erklären sich aus der veränderten Weltlage und aus der veränderten politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Zwischen den beiden Weltmächten war seit einigen Jahren –

erkennbar vielleicht seit der Lösung der Kuba-Krise, aber vor allem auf Europa bezogen – ein Absinken der überhitzten Temperatur im Ost-West-Verhältnis zu verzeichnen. Dabei handelt es sich gewiß noch nicht um eine Entspannung mit weltweiten Wirkungen. Dies anzunehmen wäre Wunschdenken. Wir registrieren jedoch die amerikanische Einschätzung, daß es auch unter den gegenwärtigen Belastungen des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses, nicht nur in Südostasien, notwendig bleibt, sich um Entspannung zu bemühen. Man kann davon ausgehen, daß wir uns in Europa nicht mehr in einem kalten Krieg befinden, der jederzeit zu einem heißen werden könnte. Sicherlich gibt es keine Garantie gegen Rückschläge, aber es erscheint berechtigt, jedenfalls partiell mit einem gemeinsamen Verantwortungsgefühl der Weltmächte zu rechnen. Die Furcht, über Nacht in Europa Opfer einer gewaltsam ausgetragenen Auseinandersetzung zu werden, ist deshalb in den Hintergrund getreten.

Dies hat Folgen im östlichen wie im westlichen Lager, in den Beziehungen der Verbündeten zueinander und zwischen den Paktsystemen auf bilateraler wie multilateraler Ebene gezeitigt. Es handelt sich durchaus nicht nur um positive Folgen, aber man kann doch feststellen, daß ein Prozeß fortschreitender wirtschaftlicher, kultureller, politischer und menschlicher Beziehungen in Gang gekommen ist. Weder nationalstaatliches Denken noch Hegemonialansprüche, die objektiv oder subjektiv von den Weltmächten ausgehen, haben die Ausdehnung dieses Prozesses verhindern können. Europa, und zwar Europa als Ganzes, bewegt sich in eine Verwandlung historischen Ausmaßes hinein, in deren Verlauf alte Gemeinsamkeiten entdeckt und neue gefunden werden. Man spricht wieder miteinander. Technische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und geistige Kommunikationen führen zu fruchtbarem Austausch und steigendem Verständ-

nis für die Lage und die Interessen der anderen. In die politisch-propagandistischen Monologe mischen sich zunehmend Dialoge, ein Aufeinander-Hören.

In dieser Entwicklung will die deutsche Politik kein Hindernis bilden. Wir wollen dem Prozeß nicht etwa nur seinen Lauf lassen, wir möchten ihn fördern. Wir haben erkannt, daß es nicht genügt, friedfertige Absichten zu bekunden, sondern daß man sich aktiv um die Organisierung des Friedens bemühen muß. Dazu gehört der Verzicht auf jegliche Form der Anwendung oder Androhung von Gewalt im Leben der Völker. Diese Haltung beruht nicht nur auf der Überzeugung, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf. Sie ergibt sich aus unseren eigenen vitalen Interessen.

Die Bundesrepublik würde in jede größere militärische Auseinandersetzung zwischen Ost und West hineingezogen werden. Sie würde unausweichlich ihr erstes Opfer sein. Unser Volk würde aufhören zu bestehen, denn die Anhäufung von Truppen, Kriegsgerät und atomaren Vernichtungsmitteln auf dem schmalen deutschen Raum ist einmalig auf der Welt.

Damit ergibt sich für die Bundesrepublik das besondere Interesse und die besondere Pflicht, sich beharrlich, wenn auch frei von Wunschdenken, um den Abbau von Mißtrauen und Spannungen zu bemühen. Dieser Prozeß kann ohne die aktive Mitwirkung der beiden Weltmächte, der europäischen Staaten in Ost und West und der beiden Teile Deutschlands nicht vorankommen. Innerhalb dieses Prozesses besteht für uns eine besondere Verantwortung dem anderen Teil Deutschlands gegenüber.

Die deutsche Entspannungspolitik muß entschlossen und geduldig geführt werden. Sie muß unsere Sicherheit, unsere Partnerschaft im Westen und die freiheitliche Lebensform,

wie sie uns unverzichtbar erscheint, erhalten. Hierhin gehört freilich auch die Feststellung, daß die deutsche Politik selbständiger geworden ist.

Die Bundesrepublik hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten viele Beweise ihrer Zuverlässigkeit gegeben. Sie hat sich mit einer Gruppe von europäischen Staaten so eng verbündet, daß ein Prozeß der Integration und der Schaffung supranationaler Befugnisse in Gang gebracht wurde, der sich nicht mehr umkehren läßt. Wir haben diesen Weg bewußt und entschlossen beschritten, nicht etwa, weil wir Geschehenes ungeschehen machen wollten, was wir ja ernsthaft auch gar nicht könnten. Vielmehr sollte in Erkenntnis des Geschehenen und der sich daraus ergebenden Verantwortung ein neuer Anfang gemacht werden. Damit wurde vieles abgestreift, was bisher als Wesen eines Nationalstaats alter Prägung und nationaler Politik unentbehrlich schien und heute noch vielen unentbehrlich scheint. So haben wir bekanntlich auf Truppen unter nationalem Oberbefehl verzichtet.

In der Innenpolitik haben wir gleichzeitig gezeigt, daß bei uns ein demokratisches Staatswesen herangewachsen ist, das Kraft genug hat, um mit extremistischen politischen Randerscheinungen auf demokratische Weise fertig zu werden.

Wir haben aus der Vergangenheit gelernt. Wir wollen uns als moderner, zuverlässiger Staat bewähren, dem Vertrauen entgegengebracht werden kann. Ausgehend von dieser Überzeugung hat sich in den Monaten nach Bildung der Großen Koalition stärker als vorher die Überzeugung durchgesetzt, daß der Bundesrepublik in der jetzigen Weltlage eine eigene, besondere Verantwortung zukommt.

Dies entspricht dem wohlverstandenen Interesse unserer Freunde und Verbündeten, es entspricht dem häufig geäußerten Wunsch der Führungsmacht des atlantischen Bündnisses

ebenso wie den Gedankengängen unserer europäischen Verbündeten. Wir denken nicht an Alleingänge, wie sie unter dem Stichwort ›Rapallo‹ noch heute im politischen Denken vielerorts anzutreffen sind. Eine Politik des Schaukelns oder Balancierens zwischen Ost und West, gar unter Ausnutzung von Spannungen, wird es nicht mehr geben. Die politischen Verhältnisse, die historischen Gegebenheiten und die beteiligten Kräfte verweisen eine solche Möglichkeit in den Bereich des Unseriösen. Unsere Politik schließt enge Konsultation mit den Verbündeten ein, ebenso das Wissen, daß wir nicht über Interessen verfügen können, die das atlantische Bündnis und die europäische Gemeinschaft insgesamt angehen.

In einem grundlegenden Punkt hat sich die politische Zielsetzung geändert: Früher ging man in den Hauptstädten unserer Verbündeten und in Bonn davon aus, daß ein Ausgleich mit der Sowjetunion, eine Überbrückung der machtpolitischen Interessengegensätze in Mitteleuropa nicht denkbar sei, wenn nicht das Problem der Teilung Deutschlands vorher gelöst werde. Hieraus ergab sich die Forderung, daß jeder Schritt der großen Mächte aufeinander zu, zumindest soweit er sich auf Europa bezog, zugleich ein Schritt des Abbaus der Teilung Deutschlands sein müsse. Damit sollte eine Sanktionierung dieser Teilung, ein Festschreiben des ungelösten Hauptproblems Europas, verhindert werden. Dieser Gedanke ist im Kern richtig geblieben, nicht aber in seiner Zuspitzung, für die Wiedervereinigung Deutschlands die Priorität zu verlangen.

Unsere Politik geht heute stärker aus vom Zusammenhang zwischen der europäischen Entwicklung und dem deutschen Problem. Sie konzentriert sich darauf, den gegenwärtigen Status quo des Mißtrauens, der Spannungen und der Gegensätze zum Besseren zu ändern. Wenn sie Erfolg haben soll,

darf sie weder von der einen noch von der anderen Seite mit Vorbedingungen belastet werden, die eine Vorwegnahme dessen bedeuten, was erst erreicht werden soll. Hieraus ergibt sich, daß uns ein langer und mühsamer Weg bevorsteht. Er ist an vielen Stellen durch Geröll verschüttet, das mit Geduld und gutem Willen von *beiden* Seiten weggeräumt werden muß. Je weniger eine Seite bereit ist, der anderen auf diesem Weg entgegenzukommen, desto langwieriger wird der Prozeß der Entspannung, der wirkliche Ausgleich der Interessen und die Errichtung einer Europäischen Friedensordnung.

Von zentraler Bedeutung bleibt unser Verhältnis zur Führungsmacht in der Gruppe der sozialistischen Staaten, zur Sowjetunion. Diese Erkenntnis ergibt sich von selbst aus der Bewertung der weltpolitischen Gegebenheiten, der Machtverhältnisse und der Interessenlage in Osteuropa. Deshalb unterstreiche ich: Sowenig es das Ziel oder auch nur eine Nebenabsicht unserer neuen Ostpolitik ist, Ost-Berlin zu isolieren, sowenig ist es unsere Absicht, Differenzen zwischen der Sowjetunion und ihren Verbündeten herbeizuführen oder auszunutzen, auch wenn das in der Propaganda des Ostens behauptet wird.

Wir werden uns weiterhin bemühen, die Beziehungen zur Sowjetunion, die bei weitem nicht so gut sind, wie wir sie uns wünschen, zu verbessern. Wir versuchen zunächst in den Bereichen zu Gesprächen zu kommen, in denen eine Verständigung jetzt möglich sein könnte. Das würde für verschiedene Bereiche der bilateralen Beziehungen gelten. Es gibt auch erste Ansätze für die Erörterung schwierigerer Fragen. Eines Tages hoffen wir – in vertrauensvoller Abstimmung mit den USA und unseren europäischen Verbündeten –, alle Probleme zwischen unseren Staaten offen besprechen und damit erste Schritte zu ihrer Bewältigung tun

zu können. Vernunft und Sachlichkeit, so hoffen wir, werden sich hier eines Tages durchsetzen. Die erforderliche Geduld bringen wir mit.

Eine weitere Realität ist darin zu sehen, daß die Sowjetunion mit einer Reihe anderer Staaten durch vielfältige Verbindungen politischer, ideologischer und wirtschaftlicher Natur verknüpft und der andere Teil Deutschlands, die DDR, in dieses Kräftefeld eng einbezogen ist.

Wir würden diese Tatsachen nicht genügend in Rechnung stellen, wenn wir eine Entspannungspolitik um Ost-Berlin herum betreiben wollten. Eine solche Politik würde einen wichtigen Bereich, auf dem wir eine besondere Verantwortung haben und in dem man von uns Deutschen etwas erwartet, zum Schaden gerade des erstrebten Abbaus von Spannungen vernachlässigen. Das Ringen um einen gesicherten Frieden in Europa läßt sich nicht parzellieren, weder regional noch in der Sache. Dies sehen wir auch an den politischen und militärischen Ereignissen in anderen Erdteilen, in denen wir nicht selbst engagiert sind.

Auch der andere Teil Deutschlands ist eine Realität. Dieser innerdeutsche Bereich, wie er sich aufgrund der Spaltung darstellt, ist in besonderem Maße unserer Verantwortung und unserer Sorge im Rahmen einer weiterreichenden Entspannungspolitik zugeordnet. In ihm haben wir Deutschen Pflichten und Möglichkeiten, die uns mehr als andere Nationen betreffen. Unsere Politik bedeutet, daß wir bereit sind, das Verhältnis zu diesem Teil Deutschlands anders zu ordnen, als es bisher geschehen ist.

Wir haben allerdings klargestellt, daß eine völkerrechtliche Anerkennung dieses Teils Deutschlands, in dem ein Viertel des deutschen Volkes lebt, gerade aufgrund dieser besonderen Beziehung unmöglich ist. Wir würden uns damit außerdem die Entscheidung in einer Frage aufladen, deren Lösung

nicht allein von uns abhängt. Wir sind davon überzeugt, daß kein anderes Volk, dem ein vergleichbares Schicksal bereitet würde, sich anders verhalten würde. Auch dieser Wille der großen Mehrheit eines ganzen Volkes ist eine politische Realität. Dies weiß man in Ost-Berlin genauso gut. Wir hoffen, daß auch in Ost-Berlin das Wort von der Verantwortung für das ganze deutsche Volk, das dort unter anderen gesellschaftspolitischen Aspekten so oft zitiert wurde, einen solchen Schritt, mit dem man sich gegen die Geschichte stellen würde, nie zulassen wird. Dieser Verantwortung für ein Volk kann sich keiner entziehen. Wenn wir dafür unsere Stimme erheben, wenn wir damit – wie wir wissen – der Meinung der überwältigenden Mehrheit der Deutschen im westlichen wie im östlichen Teil unseres Landes Ausdruck verleihen, so ist das kein Majorisierungsanspruch. Vielmehr geben wir damit dieser Gemeinsamkeit des Willens, wieder zueinander zu gelangen, Ausdruck.

Unsere gegenwärtige Deutschlandpolitik geht davon aus, daß die Auflösung der deutschen Teilung ein Prozeß sein wird, dessen Dauer niemand voraussagen kann. Wir müssen jetzt das tun, was jetzt möglich ist, sonst verfallen wir einem Wunschdenken oder der Resignation. Beides wäre nicht zu verantworten, allerdings auch nicht, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen oder dem DDR-Regime gegen unsere Überzeugung eine demokratische Legitimation zu bescheinigen. Unsere jetzige Aufgabe ist es, uns um ein geregeltes Nebeneinander der beiden deutschen Teile zu bemühen. Wir wollen die Tragik der Teilung mindern, unter der viele Deutsche bitter leiden. Wir wollen das Gefühl, zusammenzugehören, erhalten und stärken.

Diese Bemühungen sind bisher überwiegend einseitig geblieben. Ost-Berlin hat praktisch versucht, sich einem Mitwirken am Abbau bestehender Unsinnigkeiten zu entzie-

hen. Es hat vielmehr neue Forderungen gestellt und deren Erfüllung zur Vorbedingung jeglichen Gesprächs gemacht. Man mag in diesem Verhalten den Versuch sehen, sich eine bessere Verhandlungsposition verschaffen zu wollen. Nach unseren Erfahrungen haben wir jedoch Grund zu der Annahme, daß sich die tonangebende Führungsgruppe in Ost-Berlin jedem Gespräch zu entziehen sucht, auch wenn es von uns völlig unbelastet von Vorbedingungen gesucht wird. Es ist nur die Schlußfolgerung möglich, daß diese Führungsgruppe nichts von Entspannung wissen und noch nicht die großen Zusammenhänge sehen will, auf die es heute und noch mehr morgen in Europa ankommt. In Ost-Berlin klammert man sich an Vorstellungen, die – wenn sie je gegeben waren – der Vergangenheit angehören. Diese Unbeweglichkeit bringt Ost-Berlin zunehmend in eine Situation, die den Realitäten so weitgehend widerspricht, daß immer schneller immer größere Schwierigkeiten auftreten. Ost-Berlin muß stets aufs neue das solidarische Verhalten der Verbündeten beschwören. Es muß sich um die Unterstützung einer Politik bemühen, die durchaus nicht immer den Interessen der angegangenen Staaten des Warschauer Pakts entspricht. Eine solche Politik der Starre kann nicht nur dazu führen, daß Ost-Berlin sich einem allgemeinen Trend entgegenstellt und zu einer Insel veralteter Ideen des kalten Krieges im Strom europäischer Wandlungen wird. Eines Tages wird es einfach zu teuer werden, ein großes Volk in der Mitte Europas gegen seinen Willen unter der Spannung unnatürlicher Zerrissenheit zu halten. Dies gilt nicht nur für die Entwicklung in jenem anderen Teil Deutschlands, es gilt auch für seine Verbündeten. Hier wirkt jeder auf jeden, und keiner kann in seinen Handlungsmöglichkeiten auf die Dauer diese Grenze unberücksichtigt lassen, die durch seine Interessen und Möglichkeiten gezogen ist.

Auch die Sowjetunion, die als Weltmacht, als Führungsmacht und als eine Macht mit Verantwortung für Deutschland denken muß, wird hier eine kühle Abwägung der Interessen im Weltzusammenhang vorzunehmen haben. Diesem Vorgang kann sie sich nicht entziehen. Es könnte sogar sein, daß sie bereits mit einer solchen Abwägung begonnen hat, ohne es zuzugeben. Sie hat jedenfalls in den fünfzig Jahren ihrer Geschichte mehr als einmal eine Überprüfung wichtiger Aspekte ihrer auswärtigen Politik vollzogen.

Wenn sich Ost-Berlin darüber beklagt, wir versuchten es zu isolieren, so kann ich nur bestätigen, daß dies nicht unsere Absicht ist. Im Gegenteil, wir sind der Überzeugung, daß unter einer solchen Isolierung, gleich ob von anderen verursacht oder selbst verschuldet, der gesamte Prozeß des Abbaus von Spannungen in Europa leidet und verlangsamt wird. Unser Wunsch ist es, aus dem Gegeneinander in ein geregeltes und durch Gewaltverzicht gesichertes Nebeneinander der Deutschen zu kommen, ohne das an ein künftiges Miteinander in einer gesamteuropäischen Ordnung nicht zu denken wäre. Aber hier legt Ost-Berlin bisher lauter Hindernisse in den Weg. Nicht die DDR wird also durch uns isoliert, sie betreibt ihre Selbstisolierung.

Auch unsere Bemühungen, mit allen Staaten Ost- und Südosteuropas normale Beziehungen auf diplomatischer Ebene aufzunehmen, wurden in erster Linie durch Ost-Berlin gestört. Dennoch sind Fortschritte zu verzeichnen, die nicht gering veranschlagt werden sollten. Wir haben Grund zu der Hoffnung, daß damit die Möglichkeiten nicht erschöpft sind. Um gute Beziehungen bemühen wir uns auch angesichts der zu verzeichnenden Hindernisse, denn wir wissen, daß eine enge Zusammenarbeit auf der Basis der Gleichberechtigung im Interesse aller Beteiligten, des Friedens und der Sicherheit liegt.

Für die Staaten des Warschauer Pakts wurden drei Bedingungen festgelegt, von deren Erfüllung normale Beziehungen mit der Bundesrepublik abhängig gemacht werden sollten:

1. Bonn müsse die DDR als Staat anerkennen;
2. Bonn müsse die Demarkationslinie zwischen den beiden Teilen Deutschlands und die Oder-Neiße-Linie als Staatsgrenze anerkennen;
3. Bonn müsse seine angeblichen Ambitionen auf Atomwaffen aufgeben.

Nebenbei wurde eine weitere Forderung erhoben: Wir müßten anerkennen, daß West-Berlin eine selbständige politische Einheit auf dem Territorium der DDR sei.

Die Politik der Bundesregierung ist so angelegt, daß auf alle diese Forderungen konstruktiv geantwortet werden kann. Bei gutem Willen und bei realistischer Einschätzung der Gegebenheiten und der Bedeutung der Entspannung für alle braucht es kein Hindernis auf dem Wege zu einem europäischen Sicherheitssystem und einer Friedensordnung zu geben. Wenn man allerdings solche Bedingungen aufstellt, um Gesprächen aus dem Wege zu gehen, dann lassen sie sich als unüberwindliche Vorleistungen aufputzen.

1. Ost-Berlin weiß seit langem, daß wir bereit sind, über entsprechende Gewaltverzichts-Erklärungen zu verhandeln. In dem ›Bericht zur Lage der Nation‹ Mitte März 1968 wurden durch den Bundeskanzler die von uns schon früher vorgeschlagenen Themen ausdrücklich um das Thema des Gewaltverzichts erweitert. Für den Fall eines befriedigenden Ergebnisses solcher Verhandlungen ist ebenso ausdrücklich auch die Bereitschaft zu einem Zusammentreffen des Bundeskanzlers mit dem Vorsitzenden des Ministerrats von Ost-Berlin ausgesprochen worden.

Ein Gewaltverzicht bedeutet, daß jeder dem anderen zu-

sichert, die Integrität des anderen Teils weder von außen noch von innen her gewaltsam anzutasten. Dies entspricht der seit je von den verantwortlichen politischen Kräften der Bundesrepublik vertretenen Überzeugung, die Lösung der deutschen Frage dürfe nur in Frieden und Freiheit erfolgen. Ulbricht hat erklärt, der Gewaltverzicht müsse völkerrechtlich verbindlich sein. Ich sage: Natürlich muß er verbindlich sein, ebenso wie der Gewaltverzicht, den wir mit jedem Staat des Warschauer Pakts vereinbaren wollen. Aber er hätte keinen Völkerrechtscharakter, denn zum Unterschied zu Polen, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei ist die DDR für uns eben kein Ausland, und sie kann es für uns nicht werden.

2. Die Westgrenze des polnischen Staates ist in unser Angebot, auf jegliche Gewalt gegenüber jedermann zu verzichten, eingeschlossen. Ein gutes Verhältnis zu Polen ist uns besonders wichtig. Es ist ein Eckstein unserer Politik nach Osten wie das gute Verhältnis zu Frankreich im Westen. Unsere Einstellung diesem Staat gegenüber, mit seiner stolzen Tradition in der europäischen Geschichte, läßt sich auch davon leiten, daß Polen unter der Aggression besonders stark gelitten hat. Sein Verlangen, endlich in gesicherten Grenzen zu leben und kein ›Staat auf Rädern‹ sein zu wollen, hat unser Verständnis. Eine Aussöhnung mit ihm ist uns moralische und politische Pflicht. Zu dieser Aussöhnung gehört nicht nur, daß jeder Gedanke an Gewalt aus diesen Bemühungen verbannt werden muß, dazu gehört auch, daß kein Keim für künftigen Zwist gelegt werden darf.

Eine Gemeinsamkeit der Interessen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk ist bei nüchterner, in die Zukunft gerichteter Denkweise auf vielen Gebieten zu erkennen. Dies gilt im Bereich des Handels, der Technik und Wissenschaft, aber auch in Fragen der Rüstungsbegrenzung mit dem Ziel

der gleichzeitigen und gleichwertigen Rüstungsverminderung im mitteleuropäischen Raum. Wir glauben trotz mancher Polemik zu verspüren, daß auch in Warschau dieser Frage große Aufmerksamkeit zugewandt wird. Wir werden alle polnischen Gedanken zu diesem Themenkreis mit großer Sorgfalt prüfen. Wenn dies früher nicht immer der Fall gewesen ist, läßt sich das korrigieren.

Die Grenzziehung darf der Errichtung der europäischen Friedensordnung nicht im Wege stehen. Wenn in Europa die Kräfte stark genug sind, ein Sicherheitssystem und schließlich eine stabile und gerechte Friedensordnung zu schaffen, werden sie sich durch Grenzfragen der Vergangenheit nicht aufhalten lassen. Vielleicht lassen sich bereits die von uns angebotenen Gewaltverzichts-Erklärungen so formulieren und sichern, daß die gegenwärtigen Grenzen Polens für die Zeit, für die die Bundesrepublik sich binden kann, also bis zur Friedensregelung, anerkannt werden. Damit würde die Grenzfrage im Interesse beider Völker nicht mehr als Hindernis einer Entspannung und eines europäischen Sicherheitssystems im Wege stehen. Es würde gleichzeitig erreicht, daß diese Frage nicht mehr von Gegnern eines deutsch-polnischen Ausgleichs als Hindernis in den Weg gelegt werden kann.

3. Die Bundesrepublik steht seit 1954 mit ihrem Verzicht auf die Herstellung jeder Art von Atomwaffen bisher allein in der Staatenwelt. Zudem hat sie sich internationalen Kontrollen ihrer gesamten Atomindustrie unterworfen. Sie würde es begrüßen, wenn es bald zu einem weltweit annehmbaren Atomwaffen-Sperrvertrag kommt, durch den die Furcht der Menschheit vor einem atomaren Konflikt gemindert werden könnte. Ein solcher Vertrag sollte ein erster Schritt auf einem Wege sein, an dessen Ende die Beseitigung aller Atomwaffen und eine umfassende Abrüstung stehen würden.

Auch die sogenannte vierte Bedingung läßt sich überwinden. Ganz Berlin hat – das habe ich dargestellt, und das wurde von der Bundesrepublik Deutschland stets respektiert – 1945 einen Status eigener Art – den Vier-Mächte-Status – als Folge des Krieges und auf Grund internationaler Vereinbarungen erhalten. Im Laufe der Entwicklung ist den drei Westmächten eine besondere Verantwortung für West-Berlin zugewachsen. Der Vier-Mächte-Status für ganz Berlin ist damit nicht erloschen. Dies bedeutet beispielsweise, daß die Sowjetunion nicht mehr Rechte gegenüber West-Berlin in Anspruch nehmen kann als die drei Westmächte gegenüber Ost-Berlin.

Um Einzelheiten dieses Status hat es in Ost und West verschiedenartige Ansichten gegeben. Das ist beim Mauerbau im Jahre 1961 besonders deutlich geworden. Es ist jedoch nicht einzusehen, weshalb nicht bei gutem Willen praktische Lösungen und Verbesserungen erreicht werden könnten. Wir jedenfalls suchen alles zu vermeiden, was dazu führen könnte, daß in Berlin ein gefährlicher Spannungsherd entsteht. Wir haben deshalb den Status von West-Berlin nicht angetastet und befinden uns damit in voller Übereinstimmung mit den drei westlichen Schutzmächten dieser Stadt. Allein daran, daß auch die Sowjetunion ihr Interesse an Berlin wiederholt bis in die jüngste Zeit bekundet hat und für Ost-Berlin jedenfalls prinzipiell ebenfalls einen besonderen Status anerkennt, zeigt sich, daß hier nicht so tiefgreifende Gegensätze bestehen müssen, daß daran eine Entspannung zu scheitern brauchte. Wenn die besonders starren Kräfte in der DDR-Führung dennoch versuchen sollten, den Status Berlins einseitig zu verändern, gefährden sie die Bemühungen um den Frieden in Europa. Die Westmächte würden sich veranlaßt sehen, entsprechend ihren Rechten in Berlin und ihren Verpflichtungen gegenüber den

Berlinern zu handeln. Damit wären die Bemühungen um eine dauerhafte Entspannung gescheitert. Eine solche Verantwortung sollte keiner auf sich nehmen.

Unsere Politik zielt hier wie in der gesamten Deutschlandfrage auf praktische Lösungen ab, die – ohne den Sonderstatus anzutasten – den ohne ihr Zutun betroffenen Berlinern das Leben in einer Stadt, einem lebendigen Organismus, erleichtern sollen, die noch nie geteilt war. Hier besteht eine besondere deutsche Verantwortung gegenüber der deutschen Stadt Berlin. Diese Verantwortung kennt auch die Sowjetunion. Und gleichzeitig weiß sie, daß wir nicht anstelle der Westmächte zu verhandeln gesonnen sind.

Es läßt sich zusammenfassend feststellen, daß wir in allen drei Bereichen erste Schritte einer neuen Ostpolitik getan haben. Der weitere Weg wird mühsam sein. Er führt unserer Vorstellung nach vom vereinbarten Gewaltverzicht über ein garantiertes, ausgeglichenes europäisches Sicherheitssystem unter Beteiligung der beiden Weltmächte zu einer soliden und gerechten Friedensordnung für diesen Kontinent und damit auch zu einer Lösung der deutschen Fragen im Einverständnis mit den Deutschen selbst und ihren Nachbarn.

Der Weg wird auch langwierig sein. Dies darf nicht verwundern. Viele Schwierigkeiten wurden und werden aufgetürmt. Vielleicht wurde zuwenig getan, um sie fortzuräumen. Wir wollen den langen und schwierigen Weg zusammen mit allen anderen gehen, die Entspannung und eine Friedensordnung anstreben, vor allem mit den Mächten, die aus eigenem Recht Verantwortung für Mitteleuropa tragen, und den europäischen Staaten, deren Zukunft von der Schaffung dieser Friedensordnung abhängt.

Europa wird nur auf diesem Weg Ruhe und Frieden finden, und das Schicksal der Welt ist von dem Europas nicht zu trennen. Die Zeit drängt. Schon jetzt spüren wir deutlich die

sozialen und wirtschaftlichen Spannungen in weiten Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die sich auch in den nicht unmittelbar betroffenen Gebieten auswirken. Eine Katastrophe läßt sich nur vermeiden, wenn alle Kraft der Industrienationen von Nordamerika über Europa bis nach Japan zusammengefaßt in den Dienst dieser großen Aufgabe gestellt und nicht in einem unfruchtbaren und gefährlichen Gegeneinander verzettelt wird. Hier liegen die wahrhaft großen und schöpferischen Aufgaben dieser Zeit. In diesem letzten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts, in das wir bereits eingetreten sind, wird sich entscheiden, ob unsere Völker der Vergangenheit so verhaftet bleiben, daß sie zusammen die Zukunft verlieren, oder ob sie den Blick nach vorn zu richten vermögen, um die Zukunft zu meistern.